



Protokoll

der 33. Sitzung, Amtsjahr 2023 / 2024

Donnerstag, den 19. Oktober 2023, um 15:00 Uhr

Vorsitz: *Bülent Pekerman, Grossratspräsident*
Protokoll: *Beat Flury, I. Ratssekretär*
Sabine Canton, II. Ratssekretärin
Kathrin Lötscher, Andrea Steffen, Texterfassung
Abwesende: *Salome Bessenich (SP), Pasqualine Gallacchi (die Mitte/EVP)*

Verhandlungsgegenstände:

89.	Resolution	2
27.	Anzug 13 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen	6
28.	Anzug 14 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen	7
29.	Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Sitzungsräume für den Grossen Rat	9
30.	Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte	9
31.	Motion Bau- und Raumplanungskommission betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf»	14
32.	Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse	16
32.1.	Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein	18
33.	Motion Tobias Christ und Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme auf Allmend für angrenzende Gebäude	18
34.	Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend den Voraussetzungen für "Cargo sous terrain" (CST) im Kanton Basel-Stadt schaffen	18
35.	Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt	19
36.	Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Ergänzung der Bebauungspläne mit raumplanerischen Zielen	21
37.	Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs durch Nachttaxi	23
38.	Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend transparente und faire Verfahren bei der Vergabe von Planungsaufträgen	24
39.	Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Lastenveloparkplätze	25
40.	Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Ausarbeitung einer kantonalen Biodiversitäts-Strategie und einem daraus abgeleiteten Aktionsplan Biodiversität für den Kanton Basel-Stadt	25
41.	Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking	27
42.	Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten	31
43.	Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend keine Preiserhöhungen beim TNW	33



Beginn der 33. Sitzung

Donnerstag, 19. Oktober 2023, 15:00 Uhr

89. Resolution

[19.10.23 15:00:38]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich begrüsse Sie zur Nachmittagssitzung. Wir starten mit Traktandum 89. Resolution Solidarität mit Israel und der jüdischen Glaubensgemeinschaft.

Die Fraktion SVP hat einen Entwurf für eine Resolution eingereicht, der Resolutionstext liegt Ihnen vor. Sie haben die Behandlung der Resolution auf die Tagesordnung gesetzt. Gemäss Paragraph 54 der Geschäftsordnung kann eine Resolution nur mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen gefasst werden.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die LDP ist Raoul Furlano.

Raoul I. Furlano (LDP): Die Parteien LDP und FDP trauern zutiefst mit allen Todesopfern und drückt allen betroffenen Menschen ihr aufrichtiges Beileid aus. Unsere Herzen sehnen sich nach Frieden. Wir verurteilen nachdrücklich jegliche Gewalt gegen die Zivilbevölkerung, wahllose Massaker, Misshandlungen, Verschleppungen und die Tötung von unschuldigen Menschen weltweit. Bedauerlicherweise haben die jüngsten Ereignisse erneut die barbarische Vorgehensweise der Hamas-Terroristen aufgezeigt. Dies verurteilen wir in den schärfsten aller Worte ohne jegliche Ausnahme.

Die Sicherheit der jüdischen Bevölkerung war und ist für uns von höchster Bedeutung und ebenso ein humanitäres Handeln der Schweiz erst recht in Krisenzeiten. In Anbetracht dieser Grundsätze unterstützen wir diese Resolution und fordern den Bund auf, sich für die Umsetzung einzusetzen. Möge der Wunsch nach Frieden und Sicherheit für alle Menschen hier und im Nahen Osten bald in Erfüllung gehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Lassen Sie mich zunächst sagen, dass ich grundsätzlich grosses Vertrauen in unsere Sicherheitsbehörden habe und ich verstehe auch, dass die Tribüne heute aus Sicherheitsgründen leer bleibt, aber ich finde die Gesamtsituation trotzdem beschämend. Wir wollen unsere Solidarität der jüdischen Glaubensgemeinschaft bekunden und die Tribüne muss aus sicherheitstechnischen Gründen gesperrt bleiben. Das zeigt eigentlich schon, dass diese Resolution nötig ist. Der Regierungsrat hat gestern zugegeben, dass er bei dieser ganzen Sache zu wenig gut kommuniziert hat. Umso mehr ist es jetzt wichtig, dass wir mit dieser Resolution ein starkes Zeichen setzen.

Was fordern wir. Wir fordern Solidarität mit der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Man kann jetzt auch sagen, dass das etwas Symbolpolitik ist, aber ich bin mir sicher, dass es ein wichtiges Symbol in diesen Tagen ist. Wir fordern vom Bund und vom Kanton, dass er sich für die Sicherheit der jüdischen Glaubensgemeinschaft einsetzt. Hier wollen wir effektiv auch ein Signal an den Bund setzen, dass er den kooperativen Föderalismus wahrnimmt und auch der Bund es hier zu seiner Staatsaufgabe erklären muss, dass die jüdische Glaubensgemeinschaft sicher ist. Das ist nicht nur eine kantonale Aufgabe, das ist auch eine Bundesaufgabe. Dafür gibt es auch rechtliche Gutachten, welche diesen kooperativen Föderalismus auch schon mehrfach thematisiert haben. Wir fordern die Bekämpfung von Antisemitismus in sämtlichen Gesellschaftsschichten. Wir fordern das EDA auf, dass sie sich dafür einsetzt, dass die Juden oder die Schweizer, welche jetzt noch in Israel sind, dass die sicher nach Hause kommen. Das war bis letzte Woche noch ein grösseres Problem. Wenn sich dieses Problem nun erübrigt hat, dann umso besser, aber trotzdem ist es richtig, dass wir das in dieser Resolution auch drin haben, damit wir auch hier der jüdischen Glaubensgemeinschaft und auch den Menschen, den Schweizerinnen und Schweizern in Israel dieses Zeichen geben können. Und wir fordern, dass sich die Schweizer stärker für das humanitäre Völkerrecht und für die Menschenrechte einsetzt.

Der letzte Punkt wurde von den anderen Fraktionen gewünscht. Wir waren da stets kompromissbereit und wir haben einige formelle Änderungen und auch Wünsche übernommen. Wir haben nicht alle übernommen, ja, aber wir haben uns für das



meiste eingesetzt und diese dann auch übernommen, weil wir wollten hier einen breiten Kompromiss, dass möglichst das gesamte Parlament dahinterstehen kann und wir ein möglichst gutes Zeichen setzen können.

Wir haben in den letzten Jahren einige Resolutionen beschlossen. Resolutionen zum Thema Türkei, zum Thema Nordsyrien, zum Thema Iran. 2019, auch vor den Nationalratswahlen, im September haben wir sogar eine klimapolitische Resolution beschlossen, in der es darum ging, dass keine Freihandelsabkommen mit südamerikanischen Ländern abgeschlossen werden. Und hier muss man dann schon auch sagen, diese Breite an Resolutionen, welche wir in den letzten Jahren verabschiedet haben, lässt dann schon darauf schliessen, dass es heute sehr inkonsequent wäre, wenn wir heute keine Resolution verabschieden würden.

Basel ist mit Israel und mit der jüdischen Glaubensgemeinschaft stark verwurzelt, historisch verwurzelt. Der Staat Israel wurde in Basel gegründet, die jüdische Glaubensgemeinschaft ist im Kanton Basel-Stadt öffentlich-rechtlich anerkannt und angesichts dieser Geschichte, die wir jetzt hier haben und auch dieser barbarischen Vorfälle, dieser Terror der Hamas gegen Israel, wo auch stark die jüdische Glaubensgemeinschaft betroffen ist, müssen wir heute hier auch ein Zeichen setzen und ich denke, das ist wirklich auch würdig, dass wir das hier auch in Form von dieser Resolution verabschieden.

Selbstverständlich ist damit nicht alles geklärt, es gibt ja auch noch weitere Vorstösse. Ich erinnere dann auch an den Massnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus, da werden wir auch noch darüber reden, aber ich denke, diese Resolution ist heute richtig und wichtig. Ich bedanke mich auch bei allen Fraktionen, welche ihre Inputs gegeben haben bei dieser Resolution und ich freue mich, wenn wir heute dieses starke Zeichen setzen können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Michela Seggiani.

Michela Seggiani (SP): Jedes Opfer ist eines zu viel. Der Terroranschlag der Hamas ist eine schreckliche Gräueltat, die wir aufs Schärfste verurteilen. Die Sicherheit der jüdischen Gemeinschaften in Basel ist für uns wichtig und zentral. Jüdinnen und Juden in Basel müssen geschützt werden. Es gilt darum, auf die verschlechterte Sicherheitslage proaktiv zu reagieren.

Der terroristische Angriff der Hamas hat bewusst dazu geführt, dass sich die humanitäre Situation für die Zivilbevölkerung in Israel und in Gaza massiv verschlechtert hat. Diese Situation erschüttert uns. Jetzt gilt es, das humanitäre Völkerrecht zu respektieren. Dieses darf nicht relativiert werden. Die internationale Gemeinschaft muss alles daransetzen, das Leid der Zivilbevölkerung zu lindern. Aus Solidarität mit der Zivilbevölkerung und im Sinne der humanitären Tradition und der Menschenrechte unterstützt die SP-Fraktion die vorliegende Resolution.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die Fraktion Mitte/EVP ist Andrea Strahm.

Andrea Strahm (Mitte-EVP): Die Mitte/EVP-Fraktion ist zutiefst entsetzt über den Angriffskrieg der Hamas gegen Israel. Das Leid der Betroffenen ist unermesslich. Betroffen vor Ort ist nicht nur die jüdische, sondern die ganze Bevölkerung Israels und die Bewohnerinnen und Bewohner der westlichen Umgebung Israels, aus welcher die Aggressionen erfolgen und gegen die sich Israel nun zur Wehr setzen muss.

Wir verurteilen alle Kriege. Besonders verwerflich bei diesem Krieg ist aber die Absicht, nicht nur Israel, sondern eine ganze religiöse Gemeinschaft, nämlich diejenige der Juden, auszulöschen. Die Aggressionen richten sich, wie wir gerade jetzt in ganz Europa feststellen müssen, gegen sie und damit gegen uns alle, unsere demokratischen Grundsätze, die Glaubens- und Gewissensfreiheit, die Religionsfreiheit. Die Fraktion Mitte/EVP stimmt dieser Resolution selbstverständlich zu.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Claudia Baumgartner.

Claudia Baumgartner (GLP): Wir wurden wohl alle überrumpelt, während wir in Gedanken noch bei Osteuropa waren. Wir sind erschüttert durch die Gräueltaten in Israel und das Ausmass an Hass, das der jüdischen Bevölkerung in Israel und weltweit dadurch entgegenschlägt. Wir fühlten uns vielleicht im ersten Moment alle ohnmächtig und überfordert, aber vor allem fassungslos, dass die Welt im 21. Jahrhundert noch so unterwegs ist. Aber wir haben die Sprache wiedergefunden und erheben nun unsere Stimme.

Wir verurteilen die terroristischen Anschläge der Hamas aufs Schärfste. Sie sind nicht nur ein Globalangriff auf die jüdische Gemeinschaft mit dem Ziel deren Zerstörung, sondern auch eine klare Absage an unsere humanitären Werte und Grundrechte, die wir als offene, tolerante, die Minderheiten schützende Gesellschaft als höchste Prinzipien vertreten. Als einzelne fühlen wir uns vermutlich wie die meisten hilflos und nicht imstande, in Israel konkret vor Ort helfen zu können und



dieses Gefühl könnte neben grosser Trauer auch Resignation auslösen. Aber nein, wir können durchaus handeln und entgegenhalten und hier von Basel aus mit seiner speziellen Beziehung zu Israel halten wir unmissverständlich fest, unsere demokratischen Rechte, die auch von Israel verkörpert werden, sind für uns nicht verhandelbar und wir werden alles daransetzen, diese zu verteidigen. Terror und Unterdrückung gegenüber der jüdischen Gemeinschaft, unabhängig woher die Attacken kommen, haben bei uns keinen Platz und sollen mit allen Konsequenzen verhindert bzw. geahndet werden.

Der jüdischen Gemeinschaft, weltweit in Israel und in Basel, gegenüber zeigen wir unsere uneingeschränkte Solidarität, unser tiefes Mitgefühl für den unermesslichen Verlust und die Menschen verachtenden Taten des Grauens sowie unsere Bereitschaft, absolut alles zu unternehmen, damit sich die jüdische Gemeinschaft in Basel in Sicherheit fühlen kann und jederzeit willkommen ist. Öffnen wir, wie am Dienstag in diesem Saal geschehen, unsere Herzen immer und immer wieder für einen Dialog zwischen Zivilbevölkerung, Politik und Religionsgemeinschaften. Wir brauchen jetzt Wertschätzung, Verständigung und berührte Seelen. Nichts, was wir uns in unserer Gesellschaft gemeinsam erarbeitet haben, ist selbstverständlich. Lassen Sie uns also gemeinsam immer wieder kämpfen und einstehen für Menschenrechte, für unsere gemeinsamen Wertvorstellungen und für Frieden. Die Hoffnung stirbt hoffentlich immer zuletzt. Wir unterstützen deshalb diese Resolution selbstverständlich vollumfänglich. Unsere Gedanken sind bei allen Opfern dieser menschlichen Tragödie.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für das GAB ist Harald Friedl.

Harald Friedl (GAB): Die Fraktion Grün-Alternatives Bündnis ist zutiefst geschockt von dem grauenvollen und unmenschlichen terroristischen Angriff der Hamas auf die Bevölkerung Israels. Unsere Gedanken sind bei den Opfern dieses Angriffs und des Krieges in Israel und Palästina. Wir sind auch zutiefst besorgt über den gezielt geschürten Antisemitismus und verurteilen Gewaltaufrufe und Bedrohungen gegenüber der jüdischen Gemeinschaft aufs Schärfste. Wir distanzieren uns in aller Deutlichkeit vom Versuch, den Schrecken im Nahen Osten für eigene Interessen zu instrumentalisieren.

Eine Resolution ist eine Willensbekundung des Parlaments. Wir hätten es sehr begrüsst, wenn, wie bei Resolutionen üblich, von Beginn weg versucht worden wäre, überparteilich einen gemeinsamen Text zu gestalten. Leider war dies bei der vorliegenden Resolution nicht der Fall. Trotzdem gehen wir auf die Resolution ein. Wir haben als Vertreter*innen der Politik eine Verantwortung für das friedliche Zusammenleben in der Region und wir wollen auch ein klares Zeichen gegen Antisemitismus setzen. Unsere Solidarität gehört den betroffenen Menschen. Unsere Gedanken sind bei der israelischen und palästinensischen Zivilbevölkerung, die unsäglichem Leid ausgesetzt ist. Durch die Situation bahnt sich eine humanitäre Katastrophe an, die es mit allen Mitteln zu verhindern gilt.

Im einleitenden Text der Resolution fehlt uns diese etwas breitere Perspektive. Diese bringen wir hiermit in diesem Fraktionsvotum ein, damit wir der Resolution zustimmen können. Die Forderungen der Resolution sind wichtig und es ist uns ein grosses Anliegen, in aller Deutlichkeit zu sagen, dass Antisemitismus in unserer Gesellschaft keinen Platz haben darf, weder hier in Basel noch weltweit. Es ist unsere Aufgabe, ein Zeichen gegen den Hass zu setzen. Die Eskalation des Konflikts im Nahen Osten zeigt, dass ein erneuter Friedensprozess unabdingbar ist. Damit ein solcher gelingt, muss die Gewalt ein Ende finden. Der Schrecken kann nur enden, wenn wir alle die Menschlichkeit und das Mitgefühl ins Zentrum stellen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Einzelsprechenden. Eric Weber hat sich angemeldet.

Eric Weber (Fraktionslos): Ich wollte eigentlich nicht sprechen, aber das Thema ist zu wichtig, darum spreche ich auch ohne Manuskript. Ich habe festgestellt, dass alle Vorredner abgelesen haben, aber ich mache es frei aus dem Kopf. Sie sind Grossräte von Basel-Stadt. Ich appelliere an Sie, an die Zweistaatenlösung. Wir haben auch Kanton Basel-Stadt, Baselland, das ist auch eine Zweistaatenlösung. Als ich im Wirtschaftsgymnasium Basel, Gymnasium Muttenz, Baselland, gewesen bin, habe ich gelernt als Schüler, eine Zweistaatenlösung wäre das Beste. Das habe ich gelernt im Gymnasium von bürgerlichen, linken Lehrern und das habe ich dann auch in mich hineingenommen.

Meine Damen und Herren, auch an die Grossräte, ganz hinten, wo steht, mit arabischen Wurzeln, ich finde, Sie dürfen auch hier sprechen. Ich bin einfach erschrocken, was ich diese Woche in Basel gesehen habe. Die viele Polizei gestern vor dem Rathaus wegen der Palästinenser-Demo am Dienstagabend, die zehn Polizisten mit Maschinengewehren. Ich werde als Grossrat diese Resolution ablehnen. An die SVP, ich finde es nicht okay, wenn in diesem Resolutionstext etwas von Rechtsradikalismus steht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Regierungspräsident Beat Jans.



Regierungspräsident Beat Jans: Ich bin beeindruckt von Ihrer Anteilnahme, von Ihrem starken Zeichen der Solidarität und Ihrer Bereitschaft, in diesem Kanton und vielleicht darüber hinaus ein Zeichen zu setzen, dass wir zusammenfinden müssen und für Frieden eintreten. In diesem Sinne bedanke ich mich für diese Resolution und verspreche Ihnen, mich in diesem Sinne einzusetzen im Namen der Regierung.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Für die Verabschiedung der Resolution braucht es ein Zweidrittelmehr.

2/3-Abstimmung

Ja heisst Verabschiedung der Resolution NEIN heisst Nicht-Verabschiedung der Resolution

Ergebnis der Abstimmung

94 Ja, 1 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001688, 19.10.23 15:21:03]

Der Grosse Rat beschliesst

Verabschiedung der folgenden Resolution:

«Solidarität mit Israel und der jüdischen Glaubensgemeinschaft»

Der schreckliche Krieg gegen Israel, von der palästinensischen Terrororganisation Hamas ausgelöst, hat bereits weit über 1000 Tote in Israel gefordert. Viele Israelis und Menschen aus dem Ausland sind zudem entführt und verschleppt worden, mit ungewissem Ausgang. Der brutale terroristische Angriff auf die Zivilbevölkerung, bei welchem zahlreiche Familien und Kinder regelrecht abgeschlachtet wurden, macht es in diesen Tagen sehr belastend, die Nachrichten zu verfolgen. Die aktuelle humanitäre Situation in der Region bereitet grosse Sorge.

Basel hat einen besonderen historischen Bezug zu Israel und zur jüdischen Glaubensgemeinschaft, daraus leitet sich auch eine besondere Verantwortung ab. Vom 28. bis 31. August 1897 fand im Basler Stadtcasino der erste Zionistenkongress statt. Theodor Herzl schrieb 1897 in sein Tagebuch: «In Basel habe ich den Judenstaat gegründet». Vor der Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 fanden 16 der 22 Zionistenkongressen in der Schweiz, davon 10 in Basel statt. 2022 wurde in Basel das 125-Jahre-Jubiläum des ersten Zionistenkongresses gefeiert. Die Israelitische Gemeinde ist in Basel tief verwurzelt und gemäss § 126 der Kantonsverfassung öffentlichrechtlich anerkannt.

Der Terror gegen Israel führt in Europa dazu, dass antisemitische Vorfälle sich häufen. Insbesondere in grossen Städten fanden in den letzten Tagen propalästinensische Kundgebungen statt, an welchen der widerliche Hass auf Jüdinnen und Juden verbreitet wurde. Sie und ihre Einrichtungen sind aktuell besonders bedroht. Viele jüdische Gemeinden warnen ihre Mitglieder sogar offiziell vor gewalttätigen Übergriffen. Islamistisch motivierte Terroranschläge in Toulouse, Paris und Brüssel sowie der rechtsextreme Terroranschlag auf die Synagoge in Halle zeigen exemplarisch, dass die Gefahr leider real ist. Antisemitismus ist ein in der Gesellschaft breit existierendes Problem, welches auf allen Ebenen bekämpft werden muss. Die Schweiz und der Kanton Basel-Stadt müssen deshalb klare Signale senden, ihre Solidarität mit Israel und der jüdischen Glaubensgemeinschaft bekunden und wirksame politische und rechtliche Massnahmen zum Schutz der Jüdinnen und Juden ergreifen.

Basierend auf diesen Ausführungen verabschiedet der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt folgende Resolution:

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt bekundet volle Solidarität mit der betroffenen Zivilgesellschaft, insbesondere mit der Bevölkerung Israels und der jüdischen Glaubensgemeinschaft. Er ruft den Bund und unseren Kanton auf:

1. Einen sicherheitspolitischen Schwerpunkt zum Schutz jüdischer Einrichtungen und der jüdischen Glaubensgemeinschaft in der Schweiz zu setzen.
2. In den nächsten Jahren einen vermehrten Fokus auf die Bekämpfung von Antisemitismus zu legen.
3. Massnahmen gegen die Finanzierung der Hamas und insbesondere die Einstufung der Hamas als Terrororganisation zu prüfen.
4. Dass der Bundesrat und das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten umgehend die in der Schweiz niedergelassenen Menschen, welche sich aktuell in Israel befinden und noch nicht in die Schweiz zurückkehren konnten, aktiv unterstützen.



5. Sich im Sinne der humanitären Tradition und der Guten Dienste der Schweiz stärker für die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte sowie für die direkte Nothilfe einzusetzen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Verabschiedung der Resolution entschieden mit 94 Ja-Stimmen bei einer Gegenstimme und keiner Enthaltung. Das erforderliche Zweidrittelmehr wurde erreicht.

27. Anzug 13 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend entsiegelten und biodiversitätsfördernden Kindergarten, Schul- und Universitätsarealen

[19.10.23 15:21:23, 23.5424.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Wir bitten Sie, diesen Anzug nicht dem Regierungsrat zu überweisen. Die Forderungen von Brigitte Kühne sind aus unserer Sicht nicht neu. Die Entsiegelungsthematik ist dem Regierungsrat bekannt. Wir haben nicht zuletzt auch über das Thema Entsiegelungen schon viele Diskussionen hier geführt. Es wird auch ein Teil der Diskussion im Abstimmungskampf zu diesen beiden Initiativen sein, die wir Ende November dann vor dem Volk haben werden. Und auch das Thema der Biodiversität ist nun wirklich im Kanton Basel-Stadt kein neues. Brigitte Kühne adressiert zudem diesen Anzug auf Gebiete oder Areale, die im Besitz des Kantons sind oder zumindest der Kanton eine Einflussmöglichkeit darauf hat. Brigitte Kühne adressiert diesen Anzug an ihre eigene Parteifreundin Regierungsrätin Esther Keller. Sie ist zuständig für Entsiegelungen, sie ist zuständig für Biodiversität mit ihrem Departement im Rahmen der Bauprojekte, die es da so geben kann. Deshalb glauben wir nicht, dass es diesen Anzug nun zuhänden des Regierungsrates braucht, um dem Anliegen gerecht zu werden, das von Brigitte Kühne hier in diesem Anzug adressiert wurde.

Wir sind der Meinung, dass überall dort, wo heute neue Schulbauten geplant werden oder wo Umbauten stattfinden, es ist ja im Bereich der Schulbauten in den letzten Jahren auch viel passiert, auch im Bereich der Arealentwicklungen, auch die Universität hat sich ja in den letzten Jahren ausgebreitet an andere neue Standorte. Auch sind wir der Ansicht, dass dies bereits Teil der Strategie des Regierungsrates ist, auch der Klimaschutzstrategie des Kantons und deshalb ist dieser Anzug nun wirklich nicht notwendig. Diese Themen, diese Forderungen sind so bereits ausreichend beim Regierungsrat deponiert. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug nicht zu überweisen, weil er schlicht und ergreifend nur für die Galerie wäre.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Einzelsprecherin ist Regierungsrätin Tanja Soland.

RR Tanja Soland, Vorsteherin FD: Joël Thüring, der Anzug würde an mich überwiesen werden beim Finanzdepartement, vielleicht können Sie ja dann zustimmen. Nur als kleiner Hinweis. Es ist kein Vorstoss von Parteikollegin zu Parteikollegin, auch wenn das nicht verwerflich wäre. Schliesslich entscheidet ja am Schluss die ganze Regierung darüber.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hat die Anzugstellerin Brigitte Kühne das Wort.

Brigitte Kühne (GLP): Zuerst herzlichen Dank für die stillschweigende Überweisung meines Anzuges betreffend ökologisch aufgewertete Verkehrsinseln und Kreiseln. Ich freue mich sehr darüber. Er hätte die gleiche Votums-Einleitung erhalten wie bei diesem Anzug. Denn die Biodiversität sowie die Klimakrise sind real und wir in Basel-Stadt haben nun eine behördenverbindliche Biodiversitätsstrategie und ein Stadtklimakonzept. Wenden wir nun auch beide konsequent an. Allen muss bewusst sein, dass jeder Quadratmeter Grün, noch besser eben nicht nur Grün, sondern biodiverses Grün zählt. Es geht darum, die Biodiversität in sämtlichen Entscheidungen mitzudenken. Dies ist ein Zitat von Dr. Franziska Schwarz, Vizedirektorin, Bundesamt für Umwelt BAFU.

In der Mitte August 2023 veröffentlichten Biodiversitätsstrategie des Kantons Basel-Stadt ist unter Massnahme 8.1 die Vorbildfunktion der öffentlichen Hand bei der biodiversitätsfördernden Umgebungsgestaltung und -pflege auf kantonseigenen



Parzellen des Finanz- und des Verwaltungsvermögens beschrieben. Genau darum geht es in diesem Vorstoss, einfach spezifisch für Kindergarten-, Schul- und Universitätsareale. Im Weiteren ist unter Massnahme 9.2 die Förderung der Biodiversität durch Sensibilisierung und Bildung in Schule und Arbeitsbereich beschrieben. Wie wäre es, wenn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene gleich im naturnahen und biodiversen Grün und Umgebungsfreiflächen von Kindergarten-, Schul- und Universitätsareale aufwachsen? Also gleich Biodiversitätsförderung in der ganzen Kindheit hautnah miterleben, anstatt in, Zitat: Sonderunterrichtsgefässen darüber etwas zu lernen.

Dieser Vorstoss ist erstens gut für die ökologische Vernetzung von Flora und Fauna in der Stadt. Zweitens, Sie wissen es schon, gut für das Stadtklima. Drittens wirkt sich das auf das Wohlbefinden der Kinder und jungen Erwachsenen aus. Viertens, sensibilisiert bereits in jungen Jahren für die Förderung der Biodiversität und die naturnahe Gestaltung. Und last but not least, eine Frage an Sie alle hier im Grossen Rat, wo haben Sie sich in ihrer Kindheit am liebsten rund um das Schulhaus aufgehalten? Klar, am Tischtennistisch, auf dem Fussballplatz oder in den Betonröhren, die Mal in waren, aber eben auch im Gebüsch, auf den Bäumen, beim Wasser, Haselnüsse knackend, bei den in den 70er beliebten Kartoffelrosen Marienkäfer sammelnd, usw.

Ich möchte Sie daher bitten, diesen Vorstoss zu überweisen und den Regierungsrat resp. die Verwaltung bitten, sich zu Herzen zu nehmen, in Zukunft die Biodiversität in sämtlichen Entscheidungen von Anfang an mitzudenken.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Joël Thüring. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

79 Ja, 13 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001691, 19.10.23 15:29:51]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 79 Ja-Stimmen bei 13 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen.

28. Anzug 14 Brigitte Kühne und Konsorten betreffend grossflächiger Entsiegelung von Parkplätzen

[19.10.23 15:30:03, 23.5425.01]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Wie wir an dieser Stelle in diesem Thema immer wieder betonen, ist auch für die SVP eine Strategie der Anpassung eine der, wenn nicht die wichtigste Massnahme, die wir gegen den Klimawandel ergreifen können. Sie beachten, ich verwende das Wort Wandel, nicht Krise, wie wir es so gerne hören, wie es so gerne zur Angst- und Panikmacherei verwendet wird. Aber ich schweife ab.

Dass wir mit verschiedenen Vorkehrungen experimentieren, ist richtig. Dazu gehört auch die Entsiegelung, das heisst, eine Oberflächengestaltung, welche nicht nur aus Beton, Asphalt und Steinen besteht. Aber, und das ist ein erstes aber hier, die vorgesehene Funktion dieser Fläche, die da entsiegelt wird, muss immer noch erhalten bleiben. Noch einmal, Entsiegelung, ja, aber bitte benutzen Sie diese Klimamassnahmen nicht, um noch weitere Agenden klammheimlich voranzutreiben und das ist das, was wir unter anderem in diesem Anzug sehen.



Kommt hinzu, dass die vorgesehenen Massnahmen teilweise kontraproduktiv sein dürften. Nehmen wir zum Beispiel den dritten Punkt des Anzugs. Es sollen bestehende Parkflächen für Motorfahrzeuge, Velos und Motorräder entsiegelt werden. Rasengitter können für Autos und Velos brauchbar sein, für Motorräder ist das Abstellen auf Rasengitter praktisch unmöglich. Der Ständer müsste ja auf einem kleinen Stück befestigten Bodens platziert werden, was gerade bei grösseren Töffs praktisch nicht machbar ist. Das Motorrad müsste so lange verschoben werden, bis es an einem einigermaßen richtigen Platz steht, was praktisch unmöglich ist. Und Sie werden staunen, wieso ich das jetzt sage, aber mir als bis vor kurzem begeisterten Motorradfahrer, einer, der hofft, dass er sein uralter Oldtimer bald wieder auf die Strasse stellen kann, ist es mir ein Anliegen, auch einmal für die Motorradfahrer in diesem Kanton eine Lanze zu brechen. Eine Verkehrskategorie, welche in den Verkehrsdebatten doch sehr stiefmütterlich behandelt wird.

Kommt hinzu, dass die graue Energie, die beim Entfernen von bestehenden und dem Einrichten von neuen Böden aufgewendet wird, unseres Erachtens unnötig verschwendete Energie ist, gerade heute in einer Zeit, in welcher der Ausdruck graue Energie an Bedeutung gewonnen hat, meiner persönlichen Meinung nach völlig zu recht. Da steht diese Forderung nach dem kaputt machen bestehender Flächen, Aufbau neuer Flächen doch sehr schräg in der Landschaft.

Der nächste Punkt, den wir von der SVP kritisch sehen, ist der Passus über die Gesetzesanpassung, damit neue private Aussenparkplätze künftig entsiegelt werden müssen. Einmal mehr soll in die Bestimmungshoheit privater Bauherren eingegriffen werden. Einmal mehr soll ein weiteres Puzzlestückchen hinzugefügt werden zu all denen, die das Bauen betreffen und schlussendlich das Bauen auch ein bisschen noch mehr komplizieren und erschweren, als hätten wir weiss Gott in diesem Kanton nicht schon genügend Hürden für alle die, die etwas bauen wollen. Fragen Sie Ihre befreundeten Architekten, die können Ihnen ein Lied davon singen. Sie rufen immer nach mehr Wohnraum, aber immer noch ein kleines Puzzlestückchen schwerer machen Sie es den Bauherren, immer noch etwas kommt hinzu. Bedenken Sie, auch viele kleine Stückchen in einem Zusammenspiel geben schlussendlich ein grosses Bild.

Ich fasse mich kurz zum Schluss, bitte überweisen Sie diesen Anzug nicht und ich danke Ihnen dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelspeicher ist Daniel Sägesser.

Daniel Sägesser (SP): Zuerst nur kurz in eigener Sache. In meinem vorherigen Votum habe ich scharfe Kritik an der GLP-Fraktion und an der Regierungsrätin geäussert. Rückblickend muss ich wohl zugeben, dass ich an verschiedenen Stellen wohl etwas überbissen habe. Natürlich war eine gewisse Schärfe beabsichtigt, aber es war dann wohl etwas zu viel. Mein Votum hatte wohl nicht nur bei der einen Zwischenfrage etwas Stammtischcharakter. Wenn sich Personen durch mich persönlich oder unfair angegangen fühlen, möchte ich dafür um Entschuldigen bitten. Das war nicht meine Absicht.

Umso leidenschaftlicher darf ich nun im Namen der SP-Fraktion für die Überweisung dieses Anzugs werben. Für die SP-Fraktion ist es klar, dass wir in dieser Stadt im öffentlichen Raum weniger Parkplätze und mehr echte Grünfläche und Bäume brauchen. Entsiegelte Parkflächen haben zwar wenig Einfluss auf das Stadtklima, aber sie können einen wichtigen Beitrag zu einem nachhaltigen Meteorwasser-Management beisteuern. Auch anerkennen wir von der SP, dass es auch in Zukunft gewisse Parkiermöglichkeiten im öffentlichen Raum braucht. Der SP ist es aber ein Anliegen, dass diese Parkplätze möglichst ökologisch ausgestaltet werden, sei es durch die Ausstattung durch Elektroladestationen, der Zuweisung der Parkplätze für die Nutzung der geteilten Mobilität, aber eben auch, so gut es geht, zu begrünen und zu entsiegeln. Wir bitten Sie deshalb, diesen Anzug heute zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Daniel Seiler. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Wie schätzen Sie die vorzeitige Zerstörung dieser Parkflächen, wenn die weit vom Ablauf der Restwertzeit sind, in einer Ökobilanzierung, also diese graue Energie, die zerstört wird, wie schätzen Sie das ein im Nutzen, den wir wirklich nachher generieren würden?

Daniel Sägesser (SP): Vielen Dank für diese Frage. Ich glaube, bei gewissen Leuten liegt hier ein Missverständnis vor. Die graue Energie, die wird nicht freigesetzt bei der Aufhebung des Bauwerks, sondern bei der Erstellung des Bauwerks. Und wenn wir das Bauwerk nicht mehr anders benötigen und dafür ökologisieren können, dann ist das in der Zukunft immer ein Gewinn.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nun hat die Anzugsstellerin Brigitte Kühne das Wort.



Brigitte Kühne (GLP): Endlich scheinen wir so weit zu sein, die Akzeptanz für teilentsiegelte Parkplätze im öffentlichen Raum wird grösser. Es werden in verschiedenen Schweizer Städten Pilotprojekte durchgeführt, denn das Schöne daran, Parkplätze können ohne Nutzungskonflikte teilentsiegelt werden. Ein Problem besteht noch, der Grundwasserschutz. Gemäss Michael Burkhardt, Umweltingenieur der Fachhochschule OST in Rapperswil, müssen wir sicherstellen, dass die verwendeten Substrate auch Partikel von Pneuabrieb oder auch Schwermetalle aus dem Wasser entfernen. Die Forschung, wie man den Grundwasserschutz mit technischen Mitteln sicherstellen kann, läuft jedoch auf Hochtouren. Die Forscher konnten gemäss einem NZZ-Artikel von Mitte August dieses Jahres nachweisen, dass technische Lösungen bereits marktreif sind, um auch stark verschmutztes Strassenwasser zuverlässig reinigen zu können. Wichtig sei, dass bei der Umsetzung in der Praxis die verschiedenen Fachleute eng zusammenarbeiten. Das macht unsere Verwaltung bereits betreffend dem Pilotversuch schon heute. Ich bin daher zuversichtlich, dass Parkplätze zukünftig flächendeckend entsiegelt werden können, ohne dass dies ein Problem für die Umwelt, die Nutzenden oder die Ästhetik darstellen wird. Auch für Motorräderränder gibt es Lösungen, keine Angst, Beat K. Schaller. Ja, grossflächige Teilentsiegelung von Parkplätzen wird unsere Stadt auch verändern. Die Kreuztabelle zeigt erfreulicherweise, dass alle, nein fast alle Parteien sich das vorstellen können. Das freut mich sehr. Vielen Dank für Ihr Überweisen dieses ebenfalls so wichtigen Anzuges.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat ist bereit, den Anzug entgegenzunehmen. Dies wird bestritten von Beat K. Schaller. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

78 Ja, 15 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001693, 19.10.23 15:40:44]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug überwiesen mit 78 Ja-Stimmen bei 15 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

29. Anzug Michela Seggiani und Konsorten betreffend Sitzungsräume für den Grossen Rat

[19.10.23 15:40:59, 22.5223.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Das Ratsbüro verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben.

30. Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte

[19.10.23 15:41:13, 23.5012.02]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Stellungnahme des Regierungsrates zur Motion Laurin Hoppler und Konsorten betreffend mediterrane Nächte. Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Der Regierungsrat bittet Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen. Und zwar nicht, weil er die Stossrichtung nicht teilt, sogar ganz im Gegenteil. Ich glaube, wenn wir lebendige Quartiere möchten, auch die Stadt der kurzen Wege, wie man so schön sagt, dass man alles, was man braucht, auch als anwohnende Person in der Nähe findet, ist es umso mehr wichtig, dass wir auch Plätze in den Quartieren finden und entwickeln, wo man länger draussen bleiben kann. Beispielsweise der Tellplatz ist ja ein schönes Beispiel, wie auch etwas entstehen kann in den Quartieren.

Wir werden die Grundlagen dafür überarbeiten müssen, was aber nicht möglich ist und deshalb ist auch die Motion unzulässig. Wir können nicht einfach flächendeckend diese Erlaubnis geben. Das ist nicht möglich. Es braucht eine Einzelfallprüfung und ich denke, das ist auch richtig. Wenn Sie in der Nähe eines Lokals wohnen und das soll nachts länger offen haben, dann müssen Sie in unserem demokratischen System auch eine Möglichkeit haben, sich dagegen zu wehren. Es kann sein, dass Sie unterliegen, es kann sein, dass es trotzdem geschieht, aber Sie müssen sich wehren können. Das heisst, wir brauchen diese Einzelfallprüfung, wir können das nicht einfach flächendeckend durchsetzen.

Aber wir möchten uns dem annehmen, wir möchten uns Gedanken machen, welche Plätze sich auch eignen würden für eine längere Bespielung. Da wäre sicher auch das Amt für Umwelt und Energie eingebunden. Wir möchten da vorwärtsmachen, das kann ich bestätigen, aber wie gesagt, diese Motion ist rechtlich unzulässig, weil es eben diese Einzelfallbeurteilung braucht. Ich kann Ihnen aber, wie gesagt, versprechen, dass wir daran arbeiten möchten, weil es auch der Zielsetzung der Regierung entspricht.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Joël Thüring.

Joël Thüring (SVP): Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag des Regierungsrates, die Motion Laurin Hoppler als Anzug weiterzuverfolgen. Wir haben schon bei der Erstberatung dieser Motion darauf hingewiesen, dass wir sie einmal als Motion überweisen lassen möchten, um dann uns auch vertieft damit auseinanderzusetzen, was aus dieser Motion überhaupt möglich ist und was sinnvoll ist. Beim sinnvoll ist dann die Frage, welche jetzt auch Regierungsrätin Esther Keller aufgebracht hat, natürlich etwas, was relevant ist, wie stark sind solche mediterranen Nächte dann für die Menschen in den Quartieren eine Beeinträchtigung. Da gibt es unterschiedliche Auffassungen, auch in meiner Fraktion dazu, wie viel man als Beeinträchtigung dann noch tolerieren kann, muss und soll. Aber um das geht es aus unserer Sicht jetzt heute nicht.

Wir sympathisieren sehr damit, den Gastronomiebetrieben mehr Freiräume zu geben, mehr Möglichkeiten auch zu geben, zu wirtschaften und gerade in einer Zeit, in welcher wir erleben, dass die Menschen sehr gerne abends länger draussen sitzen. Dieses veränderte Gesellschaftsbedürfnis kann man nicht negieren und es ist tatsächlich etwas sinnlos, wenn ein Gastronom irgendwann nach draussen gehen muss und seinen Gästen sagen muss; jetzt müsst ihr aber sofort reinkommen, weil jetzt schliessen wir den Aussenbereich. Jetzt geht einfach nichts wie vorher. Das macht aus unserer Sicht keinen Sinn. Dieses Bedürfnis, gerade auch abends länger draussen zu sein, das ist unbestritten vorhanden. Das haben wir diesen Sommer wieder gesehen, die Menschen möchten sich draussen aufhalten und es möchten sich auch nicht alle «nur» am Rheinbord aufhalten. Das ist eine kostengünstige Variante natürlich, sich im öffentlichen Raum aufzuhalten.

Aber es kann eben auch sehr sinnvoll sein, dass man sagt, die Gastbetriebe haben diese Möglichkeiten einerseits, weil es dann wiederum natürlich die Wirtschaft ankurbelt, das hilft dem nicht gerade immer nur von Glück verfolgtem Gastgewerbe sehr, und andererseits kann es aber auch tatsächlich dazu führen, dass eine gewisse Entlastung gewisser Hotspots in der Innenstadt, im öffentlichen Raum passiert, wenn Menschen noch Gelegenheit haben, nicht zu entscheiden, ob ich jetzt in der Beiz drinnen sitzen will oder nach Hause gehen muss oder dann doch noch draussen bleiben möchte, aber dann an den Rhein gehe. Natürlich wird das nicht alle betreffen, aber es kann durchaus der eine oder andere dann auch geben, der dadurch sagt, er bleibt länger im Aussenbereich eines Gastrobetriebes und nicht an den Rheinbord, wenn er diese Gelegenheit hat. Deshalb sollten wir diese Idee weiter weiterverfolgen.

Ich muss ganz ehrlich sein. Ich persönlich schwanke zwischen Motion und Anzug. Mir leuchtet diese Rechtmässigkeit der Motion nicht ganz ein. Es wird sehr rasch von der Regierung, auch noch in alter Zusammensetzung von Regierungsrat Christoph Brutschin, der ja für das USG zuständig ist, für das Umweltschutzgesetz im WSU, wurde immer sehr stark mit diesem Paragraphen oder diesem Gesetz argumentiert und wenn wir nun verschiedene Stellungnahmen lesen von Verbänden, die auch Juristen beschäftigen, dann müssen wir feststellen, dass es da offensichtlich nicht so eine einheitliche Meinung dazu gibt. Deshalb weiss ich nicht ganz so genau, ob ich nun den Juristen in der Verwaltung mehr Glauben schenken soll als denjenigen eines Verbandes.



Wir haben uns jetzt aber trotzdem für den Weg des Anzuges entschieden in der Fraktion, aber wir verbinden damit einen Wunsch und ich wäre doch auch sehr froh, wenn Regierungsrätin Esther Keller im Laufe der jetzigen Debatte hierzu dann auch noch ein Bekenntnis abgeben kann. Wir wären sehr froh, wenn es möglich wäre, im nächsten Sommer 2024 zumindest einmal auch eine Pilotprojekt, eine Pilotphase zu lancieren in einem spezifischen Bereich, um zu schauen, wie sich diese mediterrane Nacht dann so entsprechend entwickelt, um dann vielleicht daraus auch Lehren zu ziehen und auch somit vielleicht aufzuzeigen dem kritischen Teil der Bevölkerung, und die muss man ernst nehmen, da bin ich auch der Meinung von Esther Keller, dass man das ernst nehmen muss, was allenfalls die Folgen davon waren, was man vielleicht dann für eine Bewilligung an anderer Stelle auch bereits verbessern kann. Dafür wäre ein Pilotprojekt, eine Pilotphase, wie man es auch immer nennen möchte, der richtige Weg.

Wir wären schon sehr froh, wenn jetzt mit dem Entscheid des Parlamentes, Ihnen dieses Geschäft als Anzug zu überweisen, es nicht so ist, dass dieser Anzug dann einfach mit Prüfen und Berichten nach gut zwei Jahren wieder zurückkommt und man dann feststellt, es ist nicht ganz so viel gegangen, und wir heute in zwei Jahren dann wieder über das gleiche diskutieren, sondern es wäre ein Anliegen, dass wir diesen Anzug möglichst rasch dann Realität werden lassen mit einer entsprechend auf Basis eines Pilots fundierten Berichtes. Das wäre aus unserer Sicht möglich bereits im nächsten Sommer. Sie haben ja nun einige Monate, bis es wieder warm wird. Das erwarten wir, das wünschen wir uns auch und es wäre schön, wenn Sie, Regierungsrätin Esther Keller, das heute noch uns auch versichern können, dass das, wenn wir es als Anzug überweisen, auch geschehen wird. Denn es ist klar, wenn Sie es als Motion entgegennehmen müssten, dann wären Sie dazu verpflichtet, rascher zu handeln und das glaube ich, könnten wir mit einem klaren Bekenntnis doch heute auch umgehen. Insofern bitte ich Sie, hierzu noch Stellung zu nehmen.

Wir beantragen ihn aber auch, wie der Regierungsrat, als SVP-Fraktion, das Geschäft als Anzug weiter zu behandeln und haben auch, wie bereits erwähnt, Verständnis dafür, dass es an der einen oder anderen Stelle vielleicht auch anwohnerkritische Stimmen geben wird. Da muss man in einen Dialog treten und es wird auch nicht so sein, dass ab Tag X, wo das dann eingeführt werden würde, alle Betriebe länger offen haben. Das wurde mir mehrfach auch von Gastronomen bestätigt. Das ist auch überhaupt nicht überall gleich attraktiv und auch nicht überall gleich rentabel. Und wenn es nicht rentabel ist, so viel Marktwirtschaft sollte jeder verstehen, dann ist es keine gute Idee, es zu machen und dann machen es kluge Gastronomen, wie zum Beispiel Franz-Xaver Leonhardt auch nicht.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diese Motion zum Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Jo Vergeat.

Jo Vergeat (GAB): Sie wissen es, der Lärmgraben, der verläuft quer durch unsere Fraktion und ich habe die freudige Aufgabe, unsere Haltung der Fraktion zur vorliegenden Motion darzulegen. Es gibt einen Teil unserer Fraktion, der ist sehr besorgt, dass die längeren Öffnungszeiten zu mehr Lärm und somit weniger Schlaf führen könnten, also dass der Lärmschutz der Anwohnenden eingeschränkt wird. Weiter sind sie auch besorgt, dass die Arbeitszeiten in der Gastronomie so noch mehr ausgeweitet werden und es ist einfach ein grundsätzlicher Wunsch da für mehr Ruhe als Lärm in der Stadt. Und diesem Teil der Fraktion ist es auch sehr wichtig, zu betonen, dass durch keine Weisung oder Anpassung von diesen Öffnungszeiten verhindert werden darf, was Esther Keller auch schon gesagt hat, dass man als Einzelperson rechtlich vorgehen kann gegen einen solchen Entscheid, wenn es einem zu laut ist. Und ich glaube, da kann auch die Gesamtfraktion dahinterstehen, dass wir natürlich den Rechtsweg der Menschen nicht in dem Sinn einschränken möchten.

Es gibt dann einen anderen Teil unserer Fraktion, wo überraschenderweise auch ich einen Teil davon bin, der immer noch überzeugt ist, dass die Anpassungen von diesen Gastroöffnungszeiten an die neuen mediterranen Begebenheiten und Gewohnheiten der Bevölkerung sich auch lohnen werden. Wir sehen nicht nur positive Effekte für die einzelnen Menschen, die länger sitzen bleiben können, sondern auch positive Effekte in der sozialen Kontrolle nachts, weil was man jetzt auch sehr stark erleben kann, ist, dass wenn die Beizen im Sommer schliessen, die Leute dann oft nicht nach Hause gehen, sondern sich andere Orte suchen, vielleicht auch Orte suchen, wo noch viel mehr Anwohnende betroffen sind. Dass man dort, glaube ich, auch wirklich unbedingt den Dialog stärker fördern muss und nicht einfach sagen kann, die Mediterranisierung, die findet nicht statt und wir möchten nicht, dass es die gibt, sondern wirklich hier auch versuchen, und zwar sehr gerne zusammen mit Anwohnenden und den Betrieben, Lösungen zu finden, den Dialog zu fördern, wie wir die unterschiedlichen Bedürfnisse, die sich jetzt in dieser Stadt mit der Verdichtung immer mehr auch herauskristallisieren, angehen können.

Dieser Teil der Fraktion, der sich immer noch für diese Überlegungen einsetzt, der ist ähnlich, wie es Joël Thüring schon gesagt hat, sehr darauf bedacht, dass man, wenn man jetzt auf diesen Kompromiss in dem Sinne eingeht, die Motion nicht als Motion überweist, sondern sagt, okay, wir machen einen Anzug, wir respektieren, dass es da rechtliche Schwierigkeiten gibt. Dass sich trotzdem der Regierungsrat dazu bekennt, dass man Pilotprojekte macht, vielleicht wirklich auch in einzelnen Zonen, dass es nächsten Sommer schon möglich ist, zu schauen und zu testen, ob das überhaupt einen Effekt hat, auch für die Gastronomiebetriebe, die dort gerne eine Erweiterung möglich haben möchten. Und die Pilotierung, das ist das schöne,



das ich Ihnen jetzt mitteilen kann, wir machen als Fraktion alle zusammen das gleiche, wir überweisen als Anzug im Sinne des Kompromisses, aber auch mit der Bedeutung, dass ein richtiger Pilot durchgeführt werden kann, also wo auch wirklich beide Seiten, beide Ansichten evaluiert werden, die von den Anwohnenden, aber auch die von der Gastronomie, die vielleicht ein bisschen eine Gesellschaftsvertretung hier darlegen muss.

Ich wünsche mir allgemein in diesem Thema, dass wir es schaffen, dass die Anwohnenden und die Leute und Betriebe und Branchen, die sich da immer wieder leider in die Haare kommen, weil sie ganz unterschiedliche Anliegen haben, wieder mehr miteinander reden, wieder mehr den Dialog suchen und ich bin als Teil der Kulturstadt jetzt auch sehr gerne bereit, dort in den Dialog einzusteigen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Beda Baumgartner.

Beda Baumgartner (SP): Ich kann es sehr kurz machen. Jo Vergeat hat vieles von dem, was auch wir bei der ersten Überweisung der Motion diskutiert haben, bereits wiedergegeben. Uns ist es ein grosses Anliegen, dass die mediterranen Nächte nicht zu neoliberalen Nächten werden, und in diesem Kontext ist es sicher auch nicht falsch, wenn ich sage, dass es einen Teil der Fraktion gibt, die genau diese Kritik, wie sie Jo Vergeat vorher für einen Teil der GAB-Fraktion skizziert hat, auch hat. Gleichzeitig sind wir aber auch überzeugt, dass dieser Weg mit der Überweisung als Anzug jetzt eine mögliche gangbare Lösung für die Umsetzung dieser Forderung in Basel darstellt. Wir wünschen uns auch, dass der Anzug konkret und gezielt umgesetzt wird, dass er nicht in der Schublade verschwindet und in dem Sinn bitte ich Sie auch im Namen der SP, der Überweisung dieser Motion als Anzug zuzustimmen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Fraktionssprechenden mehr eingetragen. Somit kommen wir zu den Einzelsprechenden. Erster Einzelsprecher ist Alex Ebi.

Alex Ebi (LDP): Ganz kurz, wir haben über das Thema schon x-mal gesprochen und es ist jetzt auch oft diskutiert worden, auch hier unten noch einmal mit den fast gleichen Sachen. Wir freuen uns natürlich tatsächlich auf das, dass die Regierung, die jetzt auch gesagt hat, wir wollen es als Anzug, sich dann nachher auch entsprechend dazu bekennt und wir hoffen natürlich alle, dass das dann auch umgesetzt wird.

Als wir die Motion am Anfang geschrieben haben, oder Laurin Hoppler in erster Linie, ging es natürlich nicht darum, dass wir flächendeckend in ganz Basel, Riehen und Bettingen jetzt eine Partyzone machen wollen, 24/7. Das war selbstverständlich nicht die Idee, sondern man wollte von Anfang an eigentlich, dass an den einzelnen «Hotspots», dass man dort Plätze findet in Basel, analog zu T3 am Tellplatz, dass man so etwas ähnliches machen könnte, vielleicht ein bisschen grossflächiger.

Und ja, vielleicht haben wir das nicht ganz optimal geschrieben, aber wir haben es ja jetzt verbessert und wir konnten es jetzt als Anzug übergeben. Ich hoffe einfach, dass dem Rechnung getragen wird, dass wir jetzt hier alle am gleichen Strick ziehen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Einzelsprecher ist Laurin Hoppler.

Laurin Hoppler (GAB): Gerne möchte ich mich hier auch noch als Motionär zu Wort melden. Um ganz ehrlich zu sein, war ich ein bisschen enttäuscht, als ich die Antwort der Regierung gelesen habe. Der Regierungsrat hat sich für den Weg entschieden, die Motion einfach einmal ganz grundsätzlich in Frage zu stellen und sie als rechtlich unzulässig zu beurteilen. Das klingt ziemlich endgültig, das habe ich auch einen kurzen Moment gedacht. Gerade als Nichtjurist denkt man zuerst, okay, jetzt ist es gelaufen.

In dieser sehr juristischen Antwort über das scheinbar eigentlich noch einfache Thema hat es genau einen Satz drin, der darauf hinweist, dass die Regierung auch bereit ist, in diese Richtung zu gehen. Und was ich oder wir, die an dieser Motion mitgearbeitet haben, festgestellt haben, ist, dass der Regierungsrat im Vorzimmer und in den Gängen doch deutlich eloquenter ist, wie auf dem Papier und auch ein paar Zugeständnisse machen konnte und gezeigt hat, dass sie gewissermassen auch bereit sind, in diese Richtung zu gehen. Leider bringt uns das nicht so viel, wenn wir das nicht schwarz auf weiss haben, darum bin ich sehr froh, wenn wir es nachher auch noch hören in der Debatte. Ich werde aber den Eindruck nicht ganz los, dass man sich auch ein bisschen hinter dem juristischen Mantel verstecken will, wenn man vielleicht bei diesem Thema sehr vorsichtig sein möchte, was ich auch verstehen kann. Aber jetzt einmal ganz anders und ein bisschen weniger böse, wir sind ja alle im gleichen Boot.



Der Regierungsrat möchte scheinbar die mediterranen Öffnungszeiten auch. In diesem Fall brauchen wir dringend einen guten Plan, wie wir das böse Bundesrecht austricksen können. Ich hätte den Vorschlag: nicht verzagen, in Thun nachfragen. In Thun und Zürich sind sie eben recht frech, dort machen sie das schon länger mit diesen längeren Öffnungszeiten im Sommer und ich glaube, wir sind mindestens so eine belebte Stadt wie Thun oder Zürich. Zusammen mit Kulturstadt Jetzt, dem Wirtverband und dem Verein Kultur & Gastro sind wir sehr gut in die gastronomische Szene vernetzt. Die Zustimmung ist dort gross und ich glaube, dass der Regierungsrat das auch erkannt hat, oder ich hoffe es, und jetzt sich dementsprechend auch in diese Richtung begibt.

Für uns ist klar, es muss vorwärtsgehen, und zwar noch nächsten Sommer. Jetzt wird es ja langsam auch wieder ein bisschen kühler und die Regierung hat Zeit, sich auf das vorzubereiten und das in die Wege zu leiten. Wir leben in einem System, wo es sehr langsam geht, und wir müssen Kompromisse schaffen und ich glaube, der Kompromiss von unserer Seite ist jetzt auch, dass wir Ihnen die Handschellen von einer Motion abnehmen, die juristischen, und Ihnen das als Anzug übergeben. Ich selber besitze keinen Anzug, ich habe nur ein Jackett, aber ich habe gehört, dass wenn man es in eine Schublade hineinstopft, dass es dann verknittert. Also bitte nicht machen.

Wir werden diesen Prozess weiterhin mit Interesse verfolgen, werden uns auch sehr gerne einbringen, wo es nötig ist, und hoffen, dass das jetzt etwas wird. Wenn das nicht der Fall ist, müssen wir leider auch sagen, dass wir dann mit einer massgeschneiderten Motion kommen werden, die sicher auch passt. Aber ich hoffe, es ist nicht nötig.

Jetzt möchte ich Sie alle, wenn auch etwas zähneknirschend, bitten, diese Motion als Anzug dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von David Jenny. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

David Jenny (FDP): Wird nach Ihrer einschlägigen Erfahrung die Regierung noch eloquenter um ein Uhr morgens nach einem Glas Bier oder Wein? Noch eloquenter als im Vorzimmer nach einem Glas Bier oder Wein um ein Uhr morgens?

Laurin Hoppler (GAB): Ich ging schon lange nicht mehr mit der Regierung am einsamen Morgen ein Bier trinken, aber vielleicht sollte ich es wieder einmal machen, wenn dann die Öffnungszeiten angepasst sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Regierungsrätin Esther Keller hat das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich glaube, Sie wollten von mir noch was hören und ich nehme gerne noch zu zwei, drei Dingen Stellung, und zwar auch einfach zur Erklärung. Was wichtig ist, Laurin Hoppler, die rechtliche Zulässigkeit, die stellt zwar die Regierung fest, aber wir beurteilen sie zum Glück nicht. Das wäre ziemlich viel Arbeit und wir haben zwar viele Juristen in der Regierung, aber es sind nicht alle Juristen. Das macht das Justiz- und Sicherheitsdepartement unabhängig von der politischen Beurteilung. Das ist jetzt nicht eine politische Beurteilung, dass die Motion nicht zulässig ist, sondern eine rein rechtliche.

Dann noch zur Frage zum Tempo, die sie aufgeworfen haben, Joël Thüring. Wenn Sie die Motion überwiesen hätten, wären wir nicht schneller, weil wenn Sie keine Frist bei einer Motion hinschreiben, haben wir für eine Motion vier Jahre Zeit, um sie umzusetzen. Sie wären also gar nicht schneller. Anzug ist sogar schneller, weil eben innerhalb von zwei Jahren.

Und ich gebe selbstkritisch zu, dass der Satz ein bisschen versteckt ist, dass wir gerne das auch anschauen möchten. Ich muss Ihnen jetzt schon sagen, dass voraussichtlich die Federführung an das WSU übergeben wird. Sie waren aber, glaube ich, auch schon in Kontakt mit Regierungsrat Kaspar Sutter. Das PD wird auch involviert sein, wie wir das ja auch beim Tellplatz gemacht haben, weil es eben auch um stadtplanerische Fragen oder Fragen der Quartierentwicklung geht. Also da werden mehrere Departemente beteiligt sein. Deshalb kann ich das Bekenntnis, dass wir das wirklich schaffen 2024, noch nicht geben, aber ich kann Ihnen definitiv das Bekenntnis geben, dass wir daran arbeiten und dass uns das ernst ist und dass wir das so früh wie möglich umsetzen werden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es wurde kein anderer Antrag gestellt. Sie haben die Motion in einen Anzug umgewandelt und diesen dem Regierungsrat überwiesen.

Der Grosse Rat beschliesst



Umwandlung der Motion in einen Anzug und Überweisung an den Regierungsrat.

31. Motion Bau- und Raumplanungskommission betreffend Fuss- und Velobrücke «Güterbahnhof Wolf»

[19.10.23 16:03:53, 23.5087.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich nicht zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu übeweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion bis 2028. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Auch hier ist die rechtliche Zulässigkeit tatsächlich ein Problem, aber dieses Mal aus einem ganz anderen Grund. Sie möchten diese Brücke über das Gleisfeld, diese Verbindung auch zwischen diesen zwei Quartieren, auch in das neue Wohnquartier auf dem Wolf. Nur ist es so, das Gleisfeld gehört dem Bund resp. der SBB. Wir können nicht die SBB zwingen, da was zu tun, aber wir sind in sehr gutem und sehr engem Kontakt mit der SBB, um diese Planung an die Hand zu nehmen. Das ist nicht ganz einfach, weil im Rahmen des Bahnausbaus wird da in diesem Gleisfeld über die nächsten Jahre sehr viel passieren. Es werden mehrere Male Verschiebungen vorgenommen und wir müssen eine Brücke so planen und wahrscheinlich mit sehr wenig Stützen planen, damit diese Rochaden unten dran möglich sind. Das macht es auch schwierig, mit Provisorien zu arbeiten, denn auch Provisorien, Sie können sich vorstellen, wenn das über einem Gleisfeld ist, hat das erhöhte Sicherheitsanforderungen. Wir müssen mit einem Plangenehmigungsverfahren uns an den Bund wenden, um die Erlaubnis zu bekommen. Also da mit mehreren Provisorien zu arbeiten, das wäre fast unmöglich resp. überhaupt nicht effizient, weil das eben gleich aufwendig ist wie eine normale Brücke.

Aber wir sind dran. Ich glaube, das wird auch eine teure Brücke, weil viele Stützen werden in diesem Gleisfeld nicht möglich sein. Nichtsdestotrotz möchten wir sie realisieren, weil auch wir der Meinung sind, wenn so viele Leute dort auch arbeiten, wohnen, zur Schule gehen, einkaufen gehen, dann muss es diese Verbindung geben. Deshalb bitten wir Sie, diese Motion als Anzug zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die Mitte/EVP ist Christoph Hochuli.

Christoph Hochuli (Mitte-EVP): Ich spreche für die Mitte/EVP-Fraktion und auch für die LDP. Die von der BRK-Motion geforderte Fuss- und Velobrücke soll das Areal Wolf mit den Quartieren Dreispitz und Gundeldingen verbinden. Die Brücke ist bereits im Teilrichtplan Velo und im Teilrichtplan Fuss- und Wanderwege als Vororientierung eingetragen. Auch im Bebauungsplan des Areals Wolf ist der Arealzugang zu dieser Brücke aufgeführt. Somit besteht bereits die klare Absicht, dass die Fuss- und Velobrücke gebaut werden soll.

Mit dieser Brücke soll die neue Wohnsiedlung und das Schulhaus am Walkeweg mit dem Areal Wolf und indirekt auch mit dem Gellertquartier verbunden werden, aber auch für die Bewohnenden und Beschäftigten des Areals Wolf eine gute Verbindung ins Dreispitz und dem dortigen Bahnhof ermöglichen. Diese Fuss- und Velobrücke muss unbedingt noch vor dem Einzug der ersten Mietenden fertig gebaut sein, also bis 2028. Insbesondere auch weil geplant ist, dass die Kinder der rund 1'200 neuen Einwohnenden des Areals Wolf das Schulhaus Walkeweg auf der anderen Seite des Gleisfelds besuchen werden. Ohne die direkte Verbindung über das Gleisfeld müssten die Kinder den langen Weg über die Münchensteinerbrücke nehmen, was inakzeptabel wäre.

Damit die geforderte Brücke wirklich zeitnah gebaut wird, bittet Sie die Mitte/EVP-Fraktion und die LDP, die BRK-Motion nochmals als Motion zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Ich darf neben dem GAB auch für die SP sprechen. Wir begrüßen es, dass das Bau- und Verkehrsdepartement bereits begonnen hat mit der Planung für die Fuss- und Velobrücke Güterbahnhof Wolf und dass sie dafür in Kontakt mit der SBB steht. Dass es nun aber heisst, dass die Inbetriebnahme bis 2028 nicht realistisch ist, stellt für



uns die ganze Entwicklung auf dem Wolf in Frage. Wir waren uns hier im Grossen Rat einig, dass diese Brücke bis zum Bezug der ersten Wohnungen auf dem Wolf realisiert werden muss. Gemäss dem kommunizierten Zeitplan ist das eben 2028, also in fünf Jahren. Ja, das ist ein sportlicher Zeitplan, das ist uns klar, aber nicht wir haben diesen Zeitplan aufgestellt, sondern er ist so sportlich, weil diese Brücke eine so grosse Bedeutung für die Entwicklung auf dem Wolf hat. Sie ist schlicht notwendig, damit die Kinder in die Schule beim Walkeweg kommen und sie ist notwendig, damit das Wolf-Areal mit dem Naherholungsgebiet beim Wolfgottesacker und mit der S-Bahnhaltestelle Dreispitz verbunden ist. Deshalb war auch immer klar, dass diese Brücke realisiert werden muss, und zwar rechtzeitig. Ob das jetzt als dauerhafte Lösung oder als Provisorium gemacht wird, das spielt für uns keine Rolle. Wenn es als Provisorium nicht schneller geht als die definitive Lösung, ist klar, dass es natürlich auch definitiv rechtzeitig gemacht werden kann. Es ist aber entscheidend, dass das eben bis zum Einzug der ersten Kinder in diesem neuen Gebiet ist.

Ich möchte kurz nochmals aufrollen, die Diskussion in der BRK und weshalb wir uns für diese Motion entschieden haben. Es gab zwei Varianten, die wir diskutiert haben. Entweder diese Brücke über diese Motion separat abzusichern oder direkt den Bebauungsplan so abzuändern, dass die Brücke direkt drinstehen würde. Wir haben uns dann für den Weg über diese Motion entschieden, weil zum einen für die Realisierung der Brücke der Kanton zuständig ist und nicht die SBB als Grundeigentümerin und das andere, weil der Perimeter zu klein war, um die Brücke darin aufzunehmen. Es hätte deshalb eine neue Projektaufgabe benötigt. Wir waren da entgegenkommend und dachten, wir könnten das separat mit der Motion machen, dies reiche dafür. Rückblickend muss ich sagen, für ein nächstes Mal müssen wir uns das nochmal überlegen bzw. das hängt jetzt davon ab, wie mit dieser Motion oder der Forderung der Motion umgegangen wird, wie wir uns das nächste Mal verhalten müssen. Aus meiner Sicht müssen wir uns das ganz gut überlegen, ob es nicht sinnvoll wäre, dann doch den Bebauungsplan neu aufzulegen und anzupassen.

Dass diese Motion oder irgendeine Anpassung eines Bebauungsplans überhaupt notwendig ist, zeigt ein grundsätzliches Problem von diesen grossen Projekten, diesen grossen Transformationsprojekten. Nämlich ist jeweils der Perimeter eng gezogen, also nur um den Bereich, der neu gebaut wird. Es geht also nur um die Bebauung und nicht um die Erschliessung. Diese wird zwar dann irgendwo im Text beschrieben, aber halt eben nicht verbindlich festgelegt. Aber was nützt uns die beste Architektur, was nützt uns die beste Umgebungsgestaltung? Was nützt es uns selbst, wenn da ganz viele Bäume und entsiegelten Parkplätze sind, wenn die Kinder nicht zur Schule kommen, wenn es keinen Anschluss an den ÖV oder an die S-Bahn oder an die Naherholungsgebiete gibt? Wir bitten darum, das in Zukunft besser zu machen und auf eine Art und Weise sicherzustellen, dass diese Entschliessung wirklich drin ist. Denn wenn diese Fuss- und Velobrücke, um jetzt wieder auf den Wolf zurückzukommen, nicht gemacht wird oder nicht rechtzeitig umgesetzt wird, dann ist schlicht die Erschliessung dieses Neubaugebiets ungenügend. Das ist dann nicht einfach nur dumm gelaufen, sondern stellt die ganze Bebauung in Frage. Deshalb halten wir an der Motion fest und beantragen Ihnen die Überweisung als Motion.

Die Argumentation zur angeblichen rechtlichen Unzulässigkeit können wir nicht nachvollziehen. Wir haben das Recht, und es ist eigentlich in diesem Zusammenhang auch klar, dass wir dieses Recht haben müssen, Fristen zu setzen. Es ist schliesslich sinnlos, wenn wir eine Motion überweisen für eine Fuss- und Velobrücke, die dann irgendwann umgesetzt werden kann, also vielleicht dann, wenn die Kinder, die jetzt da einziehen oder in fünf Jahren da einziehen, bereits erwachsen sind oder vielleicht schon wieder selber Kinder haben. Und es ist auch klar, dass die Brücke unter Einhaltung der rechtlichen Grundlagen umgesetzt werden muss. Dass da neben den baurechtlichen Bedingungen auch das Eisenbahngesetz dazugehört und eigentumsrechtliche Fragen eingehalten werden müssen, ist für uns selbstverständlich. Aber wir gehen davon aus, dass sich das lösen lässt. Die SBB ist schliesslich nicht nur die Eigentümerin des Gleisfelds und muss daher damit einverstanden sein, sondern Eigentümerin des Wolf-Areals. Sie hat also selbst ein Interesse daran, dass eine Lösung gefunden wird und diese Brücke rechtzeitig umgesetzt wird.

Wie gesagt, ich bitte Sie, diese Motion als Motion zu überweisen und bitte den Regierungsrat und die Verantwortlichen im BVD, die Motion trotz der angeblichen rechtlichen Unzulässigkeit umzusetzen, und zwar in der angegebenen Frist. Denn wenn es hier beim Wolf verpasst wird, den Zugang zum Schulhaus und die Erschliessung an ÖV und Naherholungsgebiete rechtzeitig umzusetzen, stellt das für zukünftige Planungen von Transformationsarealen die ernsthafte Frage, wie wir damit umgehen sollen, wenn die Erschliessung nicht verbindlich Bestandteil des Grossratsbeschlusses ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen mehr eingetragen. Somit hat in der zweiten Runde Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet.

Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat möchte die Motion als Anzug überwiesen haben. Die Fraktion Mitte/EVP beantragt Überweisung als Motion.

Abstimmung

JA heisst Umwandlung in einen Anzug, NEIN heisst Motion



Ergebnis der Abstimmung

14 Ja, 74 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001697, 19.10.23 16:15:05]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion dem Regierungsrat zur Erfüllung zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für die Motion entschieden mit 74 Nein-Stimmen bei 14 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen.

32. Motion Beatrice Isler und Konsorten betreffend neue Planung für Wohnungsbau entlang Grenzacherstrasse

[19.10.23 16:15:22, 18.5412.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, die Frist für die beiden Motionen um ein Jahr zu erstrecken. Für den Regierungsrat hat das Wort Regierungsrätin Esther Keller. Sie verzichtet. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SVP ist Pascal Messerli.

Pascal Messerli (SVP): Die SVP-Fraktion bittet Sie, diese beiden Motionen abzuschreiben. Wir hatten 2014 einen ganz klaren Volksentscheid. Dort wollte die Bevölkerung explizit nicht, dass in diesem Perimeter gebaut wird. Wir hatten jetzt in den letzten Traktanden gerade auch heute Morgen viele Diskussionen über Grünflächen und hier sind wir von der SVP-Fraktion der Meinung, dass dieser Perimeter sich insbesondere für diese Grünflächen, für Sport und Freizeit eignet und weniger für Wohnraum. Wir haben gerade in Kleinbasel sehr wenig Grünflächen, sehr wenig Sportflächen. Wenn man auch bedenkt, dass die Flächen für Sport nachgefragt sind, dann ist es doch besser, wenn man hier sich auf diese Dinge konzentriert und nicht auch noch Wohnraum und Umbau von Strassen reintro. Der Regierungsrat sagt ja auch selbst in diesem Zwischenbericht, dass die überlagernden Interessen Wohnen, gemeinsamen Verkehr, Sport, Freizeit, Grünraum, dass das sehr schwierig ist, unter einen Hut zu bringen und hier sind wir effektiv der Meinung, dass es besser wäre, wenn man hier den Schwerpunkt auf Grünflächen, Sport und Freizeit setzen würde. Das ist auch im Sinne eines Volksentscheides.

Auch im Sinne eines zweiten Volksentscheids war das Freizeitgartengesetz, über welches wir vor einem Jahr abgestimmt haben. Und hier frage ich mich wirklich, ist dem Regierungsrat dieser Volksentscheid nicht wichtig, ignoriert er ihn oder was hat er für ein Problem damit. Weil wenn ich dann diesen Zwischenbericht lese und ein Zitat daraus entnehmen darf, was die Potenziale in diesem Perimeter sind, öffentliche Freizeitzentren mit Integration der Freizeitzentren, meine Damen und Herren, das hat das Volk explizit vor einem Jahr abgelehnt. Es gibt keine Öffnung der Freizeitzentrenareale, auch wenn Sie es anders formulieren nicht. Und hier appelliere ich wirklich auch an den Regierungsrat, diese beiden Volksentscheide ernst zu nehmen, ansonsten kann ich Ihnen gerne garantieren, steht das nächste Referendum schon bereit und ich bin relativ sicher, dass wir dieses auch gewinnen werden.

Ich bitte Sie also auch im Namen der SVP-Fraktion, diese beiden Motionen abzuschreiben im Sinne der Volksentscheide.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von René Brigger. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

René Brigger (SP): Pascal Messerli, Volksentscheide sind gut, aber man sollte sie richtig zitieren oder werten. Der Volksentscheid von 2014 sei ganz klar gewesen. Ist es nicht so, dass zumindest die Stadt der Überbauung zugestimmt hätte? Stimmt das oder stimmt das nicht oder wie klar war das?

Pascal Messerli (SVP): Das Signal war klar, die Abstimmung war knapp, da gebe ich Ihnen recht.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Lea Wirz.

Lea Wirz (GAB): Auch das GAB spricht sich gegen eine Fristerstreckung und für die Abschreibung des vorliegenden Geschäfts aus. Bereits zweimal wurde dieses Geschäft stehen gelassen und bereits zweimal haben wir uns dagegen ausgesprochen. In unseren Augen liegen auch weiterhin keine viel konkreteren Ergebnisse vor. Auch haben sich die Rahmenbedingungen in diesen vier Jahren nicht wesentlich geändert. Das GAB möchte das Geschäft deshalb abschreiben und nicht erneut die Frist dafür verlängern.

Wir halten an unseren bereits vorgebrachten Argumenten fest. Diese sind: Notwendigkeit von neuem Wohnraum. Das GAB bestreitet nicht, dass es weiteren Wohnraum in der Stadt braucht, doch es laufen weiterhin grosse Projekte auf den Transformationsarealen, wo neuer Wohnraum entsteht. Dort und in der inneren Verdichtung der Stadt sehen wir das Potenzial für neuen Wohnraum und nicht auf der grünen Wiese und schon gar nicht auf einer der letzten freien Grünflächen Basels, zumindest nicht bevor es gar keine andere Lösung mehr gibt.

Beachtung des Volkswillens. Das hat bereits mein Vorredner ausgeführt, 2014 wurde im Rahmen eines Referendums gegen die Planung im Bereich Grenzacherstrasse/Riehen-Süd eine Bebauung abgelehnt. Dieser Volkswille scheint sich in den vorgelegten Szenarien nicht wiederzufinden.

Natur- und Landschaftsschutz. Die Fläche im entsprechenden Perimeter ist eine der letzten freien Grünflächen im Kanton. Es scheint uns entgegen jeder Logik, diese quasi auf Vorrat zu bebauen. Dies war unter anderem einer der triftigsten Gründe, weshalb die Stadtrandbebauung Ost 2014 abgelehnt wurde.

Klimakrise. Wir kämpfen gegen die Auswirkungen der Klimakrise. Wir bekommen die Erwärmung des Klimas in der Stadt besonders in der heissen Jahreszeit ziemlich deutlich zu spüren. Wir müssen den Grünraum, der in der Stadt so knapp bemessen ist, schützen und bewahren. Zumindest solange keine dringende Notwendigkeit für die Aufgabe von Grünfläche besteht und diese besteht in diesem Gebiet aus Sicht des GAB heute nicht.

In diesem Sinne bitte ich Sie, die beiden Motionen abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich kann es ganz kurz machen. Keinesfalls will der Regierungsrat da den Volkswillen missachten. Wir haben hier den Auftrag des Parlaments, uns diese Gedanken zu machen. Für uns ist wichtig, dass man sehr offen an das herangeht, jetzt auch mit dieser Ideenstudie. Wir sind noch in einer sehr frühen Phase und machen uns Gedanken, wie man die verschiedenen Dinge unter einen Hut bringen kann. Und ich kann sie beruhigen, Pascal Messerli, ich habe jetzt die Stelle herausgesucht, die Sie zitieren. Das ist keineswegs so gedacht. Es geht darum, wie man die Freizeitgärten sinnvoll in dieses grosse Ganze integriert und wir haben sogar die Freizeitgärten auch mehrere Male erwähnt und betont, um zu zeigen, dass uns auch diese in diesem Perimeter sehr wichtig sind.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst als erledigt Abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001699, 19.10.23 16:23:26]

Der Grosse Rat beschliesst

Fristerstreckung um 1 Jahr.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat entschieden mit 63 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

32.1. Motion Christian von Wartburg und Sebastian Kölliker betreffend weg mit dem Rank, neue Ansätze für Wohnen am Rhein

[19.10.23 16:23:39, 18.5410.04]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Abstimmung über Motion Christian von Wartburg.

Abstimmung

JA heisst Fristerstreckung um ein Jahr gemäss Antrag Regierungsrat. Nein heisst als erledigt Abschreiben gemäss Antrag Pascal Messerli

Ergebnis der Abstimmung

63 Ja, 28 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001701, 19.10.23 16:24:15]

Der Grosse Rat beschliesst

Fristerstreckung um 1 Jahr.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Antrag des Regierungsrates entschieden mit 63 Ja-Stimmen bei 28 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.

33. Motion Tobias Christ und Nicole Strahm-Lavanchy betreffend Bohrungen zur Gewinnung von Erdwärme auf Allmend für angrenzende Gebäude

[19.10.23 16:24:31, 23.5050.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innert sechs Monaten. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung der Motion

34. Anzug Harald Friedl und Konsorten betreffend den Voraussetzungen für "Cargo sous terrain" (CST) im Kanton Basel-Stadt schaffen

[19.10.23 16:25:09, 16.5583.04]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Für den Regierungsrat hätte Regierungsrätin Esther Keller das Wort. Sie verzichtet auf ein Votum. Es wurde kein anderer Antrag gestellt.



Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug als erledigt abzuschreiben

35. Anzug Brigitte Kühne und Konsorten betreffend biodiversitätsschädigende Subventionen im Kanton Basel-Stadt

[19.10.23 16:25:41, 21.5322.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Im Namen der Fraktion GAB beantrage ich, den Anzug zu allfälligen biodiversitätsschädigenden Subventionen im Kanton Basel-Stadt stehen zu lassen. In der Antwort auf den Anzug listet der Kanton völlig richtig sämtliche relevanten internationalen Konventionen, Protokolle und Studien auf, die dazu auffordern, biodiversitätsschädigende Subvention abzubauen, um dann zum überraschenden Schluss zu gelangen, dass diese Aufforderung für Basel-Stadt keine Relevanz habe, da es bei uns scheinbar keine solchen Subventionen gäbe, weil die prioritär zu behandelnden Subventionen vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tourismus vorkämen.

Das WSL hat in seiner Studie zu diesem Thema 180 biodiversitätsschädige Subventionen ausgemacht und da soll überhaupt nichts für uns dabei sein? Das ist schwer zu glauben. Scheinbar denkt die Regierung, dass wir in Basel-Stadt auf der Insel der Seligen leben würden und gleichsam entrückt mit schädlichen Subventionen nichts zu tun hätten. In der Schweiz lebt der grösste Teil der Bevölkerung in Städten und ich bin mir absolut sicher, dass auch diese Bevölkerungsteile, in dem er Güter nutzt, Land verbraucht, Verkehr verursacht, touristisch aktiv ist und damit von biodiversitätsschädlichen Subventionen profitiert, auch etwas mit ebendiesen zu tun hat und sich über seine Regierung nicht so einfach, wie in der Antwort suggeriert, aus der Affäre ziehen kann.

Wenn wir die nationalen und internationalen Aussagen und Aufforderungen zu diesem Thema wirklich ernst nehmen, dann kann die hier vorliegende Antwort auf diesen Anzug einfach nicht genügen. Und deshalb plädieren wir vom GAB für ein Stehenlassen dieses Anzugs und verbinden damit die Hoffnung, dass sich die Regierung nochmals mit mehr Einsatz um das Thema biodiversitätsschädigende Subventionen beugt und die Fragen beantwortet. Daher regen wir an, diesen Anzug bitte stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Christine Keller.

Christine Keller (SP): Ich darf mich hier gleich meinem Vorredner anschliessen. Auch die SP möchte Ihnen beliebt machen, diesen Anzug stehen zu lassen. Mein Vorredner hat völlig zu recht kritisiert, dass die Regierung ausführt, Basel-Stadt sei kein Landwirtschaftskanton und deshalb seien wir hier nur marginal betroffen. Basel-Stadt ist kein Landwirtschaftskanton. Wir haben nur wenige Betriebe, aber genauso wichtig ist zum Beispiel der ganze Bereich des Strassenverkehrs, Flugverkehrs, um nur ein Beispiel zu nennen. Die Biodiversität ist neben der Klimakrise eine der ganz grossen Bedrohungen des Lebens auf diesem Planeten und der Menschheit auch und es ist wichtig, es wurde hier in einer anderen Debatte zum Thema schon gesagt, sie in allen Bereichen mitzudenken.

Und hier ist es sehr störend, wenn wir einerseits eine Strategie ausarbeiten mit Massnahmen, um die Biodiversität zu fördern, aber nicht darauf achten, dass Fehlanreize eliminiert werden, und genau darum geht es beim vielleicht etwas irreführenden Begriff Subventionen, der hier aber überall so verwendet wird. Es geht nicht darum, dass jemand direkt subventioniert, dass jemand anders ein Pflänzchen vertritt oder so, sondern es geht um Fehlanreize, zum Beispiel steuerlicher Natur im Strassenbau, bei der Förderung des Flugverkehrs und anderem. Aber Steuern sind ein gutes Beispiel für Anreize, die, wenn man sie nicht genau überdenkt, schlechte Wirkungen auch auf die Biodiversität haben können, etwa wenn es um Steuerabzüge für Liegenschaftsunterhalt und ähnliches geht.

Jetzt will aber dieser Anzug ja nicht einfach das alles verbieten. Er will in erster Linie, dass das eruiert und untersucht wird, was gibt es da und da ist ein grosses Interesse daran. Es sind auch in anderen Städten Bestrebungen da, das zu erreichen.



Dass man hier einmal auflistet, was tun wir hier eigentlich und können wir etwas besser machen, um diese Fehlanreize zu eliminieren.

Angesichts der Wichtigkeit des Themas halten wir es für sehr wichtig, dass dieser Anzug stehen bleibt und bitten Sie, dies zu tun.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Beat K. Schaller.

Beat K. Schaller (SVP): Ja natürlich, wenn staatliche Subventionen Aktionen unterstützen, welche die Biodiversität schädigen, dann können natürlich Zielkonflikte entstehen. Auch die Fraktion der SVP anerkennt das. Die Frage ist ganz einfach, wann ist es sinnvoll, wann ist es angemessen, hier einzugreifen. Der Anzug bezieht sich auf eine Studie der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft. Und diese Studie identifiziert als prioritär zu behandelnde Subventionen solche in den Bereichen Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Tourismus. Und Sie können es drehen und wenden, wie Sie wollen, aber Landwirtschaft und Forstwirtschaft spielen in unserem Kanton praktisch keine Rolle.

Wir folgen dem Regierungsrat, wenn er die Wirkung relevanter Subventionen auf die Biodiversität des Kantons deshalb als eher gering einschätzt. Dabei ist das noch eine sehr zurückhaltende Formulierung. Die möglichen Zielkonflikte zwischen finanziellen Anreizen und der Förderung der Biodiversität erachtet der Regierungsrat als im bescheidenen Rahmen. Deren Untersuchung würde gemäss der Studie des Bundes für ihn einen unverhältnismässigen Aufwand bedeuten. Eine logische Schlussfolgerung, welche wir uns von der SVP anschliessen.

Das Fazit ist klar und eindeutig für uns nachvollziehbar. Für alle unter Ihnen, welche den Bericht des Regierungsrates nicht gelesen haben, ich zitiere: «Er schätzt die unmittelbaren Folgen für die Biodiversität durch allfällige Zielkonflikte als vernachlässigbar ein und erachtet den finanziellen sowie personellen Aufwand für eine umfassende Analyse und Behebung dieser biodiversitätsschädigenden Subventionen als unverhältnismässig.» Zitat Ende.

Aus diesem Grunde unterstützen wir von der Fraktion der SVP auch die Schlussfolgerung, dass ein entsprechendes Grossprojekt nicht angezeigt ist und wir guten Gewissens darauf verzichten können. Noch einmal namens der Fraktion der SVP bitte ist Sie, diesen Anzug abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ich stelle den Antrag auf Stehenlassen meines Anzuges. Ja, Basel-Stadt hat ein langjähriges, sogar über Jahrzehnte altes Bewusstsein für die Natur und den Naturschutz. Daher gehe ich mit der Regierung einig, dass Basel-Stadt schon heute sehr viel für die Natur und somit für die Biodiversität macht. Die Aufzählung in der Antwort zu meinem Anzug ist daher berechtigterweise eineinhalb Seiten lang. Jedoch Anzahl der beantworteten Fragen meiner fünf gestellten im Anzug, null. Die Argumentation der Regierung, biodiversitätsschädigende Subventionen sein in Basel-Stadt, Beat Schaller hat es erwähnt, vernachlässigbar und der Aufwand, diese zu definieren und somit auch meine Fragen zu beantworten, stehe nicht im Verhältnis zum Ertrag, ist aus meiner Sicht nach exakt zwei Jahren, sagen wir mal, etwas dürftig. Insbesondere auch, da der Anzug vor zwei Jahren stillschweigend, also mit der Unterstützung von Ihnen allen hier drinnen, überwiesen wurde. Wir sind uns wohl einig, es ist ineffizient und störend, wenn mit Steuersubstrat Subventionen finanziert werden, welche unerwünschte Effekte auf die Biodiversität haben und die Folgen dieser unerwünschten Effekte erneut mit Steuergeldern behoben werden müssen.

In der Antwort des Regierungsrates ist der Strategische Plan zur Biodiversität 2011–2020 der UN-Biodiversitätskonferenz (COP 10) von Nagoya erwähnt. Der Bundesrat hat sich jedoch letzten Dezember an der UN-Biodiversitätskonferenz (COP 15) in Montreal erneut dazu verpflichtet, sämtliche biodiversitätsschädigenden Subventionen und Anreize bis 2025 zu ermitteln und diese bis 2030 um mindestens 500 Milliarden Dollar pro Jahr erheblich und schrittweise zu reduzieren. Die Bundesebene ist somit das eine, das andere ist die Kantonsebene. Sprich alle biodiversitätsschädigenden Subventionen, die spezifisch in unserem Kanton gesprochen werden, müssen beleuchtet und diskutiert werden. Die Kantone tragen hier klar eine Mitverantwortung.

Hier der Auftrag an die Verwaltung definiert respektive präzisiert. Erstens: Überblick verschaffen. Zweitens: welche diese Subventionen beeinträchtigen die Biodiversität in irgendeiner Form, haben einen negativen Effekt. Drittens, welche dieser negativen Effekte können abgeschafft, minimiert oder umgewandelt werden.

Der Aufwand, diesen auf Anzug zu erfüllen, ist aus grünliberaler Sicht also nicht unverhältnismässig angesichts dessen, ich erwähne es noch einmal, dass wir eine Klima- und Biodiversitätskrise haben. Im Gegenteil, beide Krisen müssen gleich intensiv bearbeitet werden. Wann kommt dies in unseren Köpfen endlich an?



Wir hier in Basel-Stadt sollten nicht nur das ehrgeizigste Ziel betreffend Netto-Null bis 2037 haben, sondern auch das ehrgeizigste Ziel, was die Erhöhung der Biodiversität betrifft. Denn eine intakte Umwelt ist nicht nur schön, nein, sie ist Grundlage für jedes soziale und wirtschaftliche System. Biodiversität ist also kein Nice to have, sie ist essenziell oder um André Hoffmann zu zitieren, Vizepräsident der Roche Holding: «Wir werden keinen wirtschaftlichen Erfolg haben, wenn es der Menschheit nicht gut geht und es kann der Menschheit nicht gut gehen, wenn es der Natur nicht gut geht. Die wirkliche Basis ist Biodiversität.»

Darum bitten wir Grünliberalen Sie, diesen Anzug unbedingt stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich freue mich sehr über die deutlichen Voten auch zugunsten der Biodiversität. Sie können sich ganz sicher sein, mir ist absolut bewusst, dass wir eine Biodiversitätskrise haben. Die Regierung nimmt das Thema sehr ernst und gerade deshalb möchten wir die Mittel dort einsetzen, wo sie am meisten Sinn machen. Wir haben nicht unendlich Ressourcen, weder personell noch finanziell, das heisst, lassen Sie uns das Geld dort einsetzen, wo es Sinn macht.

Als dieser Anzug 2021 überwiesen wurde, war diese Studie des Bundes, dass die Fokusgebiete in der Landwirtschaft beispielsweise liegen, das war noch nicht bekannt. Heute wissen wir das und wenn wir nun die Ressourcen dort einsetzen sollen, wo sie die grösste Wirkung haben, nämlich in die Weiterentwicklung auch der Biodiversitätsstrategie im Aktionsplan, dann bitte ich Sie, uns nicht einen Prüfauftrag zu geben, der unseres Erachtens in Aufwand und Ertrag nicht stimmt. Wir nehmen das Thema wirklich sehr ernst und wir möchten weiterarbeiten an den wichtigen Feldern, an denen wir schon dran sind. Wir haben Ihnen einige aufgelistet, wir werden heute auch noch mehrere Male über das Thema Biodiversität sprechen.

Ich kann Ihnen versprechen, es ist uns wirklich sehr wichtig, aber wir sind der Überzeugung, dass die Mittel hier nicht am richtigen Ort eingesetzt sind, dass wir mehr zugunsten der Biodiversität in anderen Gebieten und Untersuchungen leisten können.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag RR, NEIN heisst Stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

40 Ja, 51 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001705, 19.10.23 16:40:58]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug stehen zu lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug stehen gelassen mit 51 Nein-Stimmen bei 40 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

36. Anzug René Brigger und Konsorten betreffend Ergänzung der Bebauungspläne mit raumplanerischen Zielen

[19.10.23 16:41:17, 19.5022.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum.



Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Ivo Balmer.

Ivo Balmer (SP): Ich habe die Ehre, heute auch für das GAB neben der SP zu sprechen und ich versuche mit einem einleitenden Zitat von Matthias Michel, Ständerat der FDP Zug, das politische Spektrum gerade ein bisschen noch zu erweitern. Er hat dies in einer Begründung zu seiner Motion in der letzten Session im Ständerat verwendet, die überwiesen wurde gegen den Willen des Bundesrates: «Was im Kern zu tun ist, um die Wohnprobleme zu lindern, gibt die Raumplanung vor. Bestehende Bauzonen besser nutzen, das heisst, bedarfsgerecht verdichten. Dabei muss die bedarfsgerechte Innenverdichtung stets mit der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum einhergehen. Sonst fehlt die Akzeptanz in der Bevölkerung für solche Bestrebungen».

Genau diese Akzeptanz ist das zentrale Anliegen dieses Anzuges und es ist auch das Anliegen, diesen Anzug heute nochmals stehen zu lassen. Bebauungspläne müssen mit raumplanerischen Zielsetzungen ergänzt werden können, so wie das bereits in der Vergangenheit vom Parlament in verschiedenen Arealen auch immer wieder vollzogen wurde. Dafür braucht es eine rechtliche Grundlage, wie im Anzug vorgeschlagen. Er fordert, das Bau- und Planungsgesetz im Bereich der Bebauungspläne zumindest mit der Möglichkeit, diese raumplanerischen Zielsetzungen konkret zu ergänzen und somit zu verankern. Ziel ist es dabei, die Umsetzung der seit Jahren bestehenden Richtplanvorschriften in der Wohnungspolitik, aber auch neu in der Klimapolitik weiterzutreiben.

Es scheint mir, dass auch dieses Mal der Regierungsrat und das BVD mit diesem Anzug einfach nicht richtig warm werden möchte. So bleibt der Regierungsrat, wie im letzten Bericht, in seiner Argumentation immer noch diffus. Einerseits bemerkt er, dass der Bebauungsplan als Instrument der Raumplanung sich nicht eignet, sowohl sozialpolitische Themen zu gestalten oder zu regeln, da der für die Umsetzung einer Vorschrift aus einem Bebauungsplan notwendige gesetzliche Rahmen fehle.

Hier möchte ich einerseits anmerken, dass preisgünstiger Wohnraum oder auch die Residenzpflicht, was der Auslöser dieses Anzugs ursprünglich auch war, eher volkswirtschaftlichen Charakter haben, die Sozialpolitik bedeuten. Andererseits führt der Regierungsrat im selben Bericht aus, dass wenn eine gesetzliche Grundlage besteht, der Grosse Rat schon heute in Bebauungspläne darauf Bezug nehmen kann und somit diese Ergänzung von Paragraph 101, Bau- und Planungsgesetz, nicht notwendig ist. Diese Argumentation befriedigt mich nicht, insbesondere auch, da noch Anzüge und vor allem auch noch ein Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft» in der Bau- und Raumplanungskommission hängig sind, die unmittelbar mit raumplanerischen Zielsetzungen in Bauungsplänen zusammenhängen.

All diese Geschäfte sind noch hängig und wir sind zuversichtlich, dass hier Lösungen zustande kommen können. Deshalb ist es noch verfrüht, diesen Anzug heute abzuschreiben. Ich hoffe, Sie werden der SP und dem GAB folgen und ihn heute nochmals stehen lassen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: René Brigger für ein Einzelvotum.

René Brigger (SP): Ich habe gewartet und gemeint, es kommt ein Kollege oder eine Kollegin oder gar Regierungsrätin Esther Keller und bringt da inhaltlich etwas vor, das ist leider nicht der Fall. Was Ivo Balmer gesagt hat, dieser Anzug hat eine Geschichte. Im Jahre 2019 wurde dies vom Plenum als Anzug überwiesen. Schon im Jahre 2021, vor zwei Jahren, wollte der Regierungsrat dies abschreiben und der Regierungsrat sagte damals wie heute, die Bebauungspläne, das hat nichts zu tun mit der Raumplanung, das hat nichts zu tun mit sozialpolitischen Zielen respektive diese sozialpolitischen Ziele kann man zum Beispiel mit einem städtebaulichen Vertrag regeln, allenfalls Baurechtsvertrag, etc. Aber liebe Kolleginnen und Kollegen, das wissen wir, mindestens die in der Raumplanungskommission, wir erlassen regelmässig Bebauungspläne und auch zwecks Akzeptanz, wo sozialpolitische, raumplanerische Ziele reinkommen. Ich verweise nur auf Volta Nord, Nautentor, Wolf, etc. Da geht es primär um den Anteil gemeinnütziger Wohnungen oder preisgünstiger Wohnungen.

Also wieso? Wieso ist das BVD hier nicht fähig oder bereit, das zumindest stehen zu lassen? Ich habe dann hier noch eine Folie. Am gleichen Tag wird dieser Anzug gemäss Antrag BVD, nämlich am 27.06.23 zur Abschreibung empfohlen. Am gleichen Tag kommt der Ratschlag und Bericht inklusive Gegenvorschlag zur Initiative «Basel baut Zukunft». Genau dieser Gegenvorschlag sieht eine Ergänzung der Bebauungspläne vor im Bereich dieser raumplanerischen Massnahmen, im Bereich von Paragraph 101 BPG. Also ist der Regierungsrat widersprüchlich. Und Sie sehen, ich habe hier bei diesem Ratschlag oben links gelb markiert, das kommt vom Präsidialdepartement. Die Wohnpolitik wird uns noch alle in den nächsten Jahren massiv beschäftigen. Da geht es wirklich nur um Grundlagen. Wieso wird die nicht geschaffen respektive das BVD sagt, die geht aus rechtlichen Gründen nicht und am gleichen Tag kommt das PD und macht einen Gegenvorschlag, wo das möglich sein soll. Das ist absolut widersprüchlich und falsch, ich begreife das auch nicht.

Und diese Beantwortung vom BVD, also es scheint mir, da hat irgendwie eine Juristin, ein Jurist versucht, das Urteil in Sachen Residenzpflicht Bruderholz herunterzubrechen. Aber wir sind primär ein politisches Gremium und die Bebauungspläne müssen selbstverständlich auch raumplanerischen Inhalt haben. Sie haben faktisch auch raumplanerischen



Inhalt und der Richtplan sieht auch raumplanerische Inhalte vor, die einfließen müssen. Und da wäre ich froh, wenn Esther Keller etwas dazu sagen würde, zu dieser Abwehrhaltung und dieser Widersprüchlichkeit.

In diesem Sinne ist es ein bisschen schade, dass keine Diskussion entsteht, aber ich habe das Gefühl, wir reden, also Ivo Balmer und ich, ein bisschen an eine Wand und da wäre ich vielleicht froh, wenn Esther Keller da ein paar Punkte dazu sagen könnte.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde hat Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Etwas Geduld, René Brigger, natürlich werde ich dazu noch etwas sagen, aber es macht natürlich Sinn, wenn Sie zuerst sagen, weshalb Sie nicht zufrieden sind mit der Antwort der Regierung, damit ich da nochmals darauf eingehen kann. Ich denke, wir reden aneinander vorbei.

Um es kurz zu machen, natürlich können Sie sozialpolitische Themen im Bebauungsplan verankern, aber, und jetzt kommt der springende Punkt, es ist nicht hinreichend, ihn in diesem Paragraph 101 zu verankern. Sie brauchen eine eigenständige, belastbare, klar geregelte gesetzliche Grundlage. Jetzt haben Sie das. Mit «Basel baut Zukunft» kommt das, beispielsweise die Definition von preisgünstigem Wohnraum. Darauf können Sie sich beziehen, das werden Sie tun können. Sie können das in den Bebauungsplänen tun, dafür brauchen Sie keine Änderung des Paragraphen 101, weil der genügend offen formuliert ist, dass Sie da Auflagen schreiben können. Was Sie nicht tun können, und das hat das Beispiel mit der Residenzpflicht auf dem Bruderholz gezeigt, es reicht nicht, einfach in einen Bebauungsplan etwas reinzuschreiben wie Residenzpflicht, das keine klare gesetzliche Grundlage woanders hat, eine Verankerung, eine Definition, eine Klärung. Das reicht nicht und deshalb hat das Appellationsgericht sich dagegen gewehrt. Deshalb, ich glaube, es ist etwas ein Schattenboxen. Sie müssen den Paragraph 101 nicht ändern, um sozialpolitische Ziele in die Bebauungspläne reinzunehmen, es braucht einfach eine saubere gesetzliche Grundlage und unter anderem findet das jetzt auch in dieser Debatte rund um «Basel baut Zukunft» statt, zumindest was die Definition von preisgünstigem Wohnungsbau angeht.

Deshalb darf ich Sie nochmals bitten, bitte schreiben Sie diesen Anzug ab. Es macht keinen Sinn. Wir müssen nicht dort ergänzen, es braucht eine solide, separate gesetzliche Grundlage. Und übrigens ist es auch nicht der Bericht des BVD und der Bericht des PD, das sind beides Berichte des Gesamtregierungsrats und Sie dürfen davon ausgehen, dass wir miteinander sprechen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehenlassen gemäss Antrag Ivo Balmer.

Ergebnis der Abstimmung

47 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001707, 19.10.23 16:52:49]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 47 Ja-Stimmen bei 46 Gegenstimmen und keiner Enthaltung.

37. Anzug Beat K. Schaller und Konsorten betreffend Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs durch Nachttaxi

[19.10.23 16:53:05, 19.5182.03]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet auf ein Votum.

Es wurde kein anderer Antrag gestellt.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben

38. Anzug Tim Cuénod und Konsorten betreffend transparente und faire Verfahren bei der Vergabe von Planungsaufträgen

[19.10.23 16:53:38, 18.5439.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Dem «Chrüzlistich» ist zu entnehmen, dass eine Aufrechterhaltung dieses Anzuges chancenlos ist. Ich bedauere das ein wenig, weil ich finde, dass die zentrale Frage des Anzuges nicht beantwortet ist. Und das ist die Frage, nach welchen Kriterien klar und transparent welches Verfahren bei der Vergabe von Bauaufträgen gewählt wird. Diese Transparenz und Klarheit ist in anderen Städten gegeben, unter anderem in Zürich. Unsere Baubehörden leisten eine gute Arbeit, da habe ich keine Zweifel, auch bei der Qualitätsauswahl von Projekten, aber man kann den Eindruck bekommen, dass sie nicht immer ganz fähig sind, dass gerade auch junge Büros unter Umständen ihre Schwierigkeiten haben, in einer Art und Weise zum Zug zu kommen und dass es besser wäre, dass man eine gewisse klare Regelung hat, wann welches Verfahren zur Anwendung kommen muss. Natürlich kann man auch sagen, in der Regel hat dieses Verfahren zur Anwendung zu kommen und es gibt Ausnahmen. Diese Klarheit und diese Transparenz fehlt im Kanton Basel-Stadt.

Deswegen scheint es uns sehr berechtigt, eigentlich an diesem Anzug festzuhalten und insofern bedauere ich die heutige «Chrüzlistich»-Konstellation und vielleicht kann der eine oder die andere von Ihnen sich auch dafür erwärmen, sich das zu überlegen. Ansonsten werden wir vielleicht bei Gegebenheit einen neuen Anlauf zu dieser Thematik planen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben gemäss Antrag Regierungsrat, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

62 Ja, 27 Nein, 1 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001710, 19.10.23 16:56:55]

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 62 Ja-Stimmen bei 27 Nein-Stimmen und einer Enthaltung.



39. Anzug Jérôme Thiriet und Konsorten betreffend Lastenveloparkplätze

[19.10.23 16:57:08, 19.5428.03]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Der Regierungsrat verzichtet auf ein Votum.

Der Grosse Rat beschliesst

Den Anzug abzuschreiben.

40. Anzug Thomas Grossenbacher und Konsorten betreffend Ausarbeitung einer kantonalen Biodiversitäts-Strategie und einem daraus abgeleiteten Aktionsplan Biodiversität für den Kanton Basel-Stadt

[19.10.23 16:57:24, 18.5028.05]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. In der ersten Runde verzichtet die Regierungsrätin auf ein Votum.

Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Béla Bartha.

Béla Bartha (GAB): Ich möchte beantragen, den Anzug von Thomas Grossenbacher stehen zu lassen. Er fordert eine Erstellung einer kantonalen Biodiversitätsstrategie und nun liegt diese Strategie seit ca. einem Monat vor. So schön, so gut. Auch wenn ich gestehen muss, dass einige wichtige Punkte, wie das Herausarbeiten der Biodiversität als eine klare sektorenübergreifende Thematik und die Einbettung in die nationale Strategie sicher positiv zu bewerten sind, so fehlen dennoch entscheidende Aspekte in der vorliegenden Strategie, so dass ich bei mir kein Freudentaumeln einstellen kann.

Die Ausrichtung der kantonalen Strategie auf eine nationale Strategie läuft immer Gefahr, dass sie im Unkonkreten verharrt. Dass sie es nicht schafft, die auf hoher Ebene gemachten Zielvorgaben auf lokaler Ebene zu konkretisieren. Ich kann Ihnen versichern, dass ich genau hier schon ein gebranntes Kind bin. So wurde auf Bundesebene bereits schon 1998 eine Biodiversitätsstrategie für pflanzengenetische Ressourcen erstellt und die FHO hat im Zuge dessen 64 Indikatoren zur Wirkungsmessung derselben erstellt. Aber die Schweiz hat bis heute keine Anstalten unternommen, diese auch wirklich zu erheben und operiert so bis heute im luftleeren Raum.

Das sollte uns bei der hier vorliegenden Biodiversitätsstrategie auf kantonaler Ebene wirklich nicht auch passieren. Umso mehr, da wir ja gerade bei der Erhebung von Zahlen schon viel gemacht haben und die Grundlagen eigentlich da wären. Wir müssen sie jetzt nur noch zielgerichtet einsetzen und entsprechende konkrete Zielvorgaben machen und damit der Forderung im Anzug von Thomas Grossenbacher wirklich nachkommen.

Dieser meiner Meinung nach sehr entscheidende Punkt wird in der vorliegenden Strategie ein weiteres Mal nicht erreicht und so bleibt das Papier bis auf einige angekündigte Massnahmen auch im Unkonkreten stecken. Wie schön wäre es gewesen, lesen zu können, dass wir nach dem Motto «Biodiversität braucht Fläche» zu eben diesen Flächen klare Ansagen erhalten hätten, wie zum Beispiel, bis 2037 erhöhen wir die biodiversitätsrelevanten Flächen um 10 Prozent. Oder wir erhöhen die Vielfalt auf bereits angelegten Flächen über qualitätsfördernde Massnahmen um 20 Prozent zu heute.

Wir wissen heute, wie viele Flächen in Basel wir etwa haben. Wir wissen über das Monitoring, wie viel Pflanzenarten wir auf verschiedenen Flächen finden können. Monitoriert wurde weiss Gott in der Vergangenheit schon genug und wir kennen daher die Zahlen, die wir als Ausgangspunkte für Verbesserungen nehmen können.

Ein weiteres Thema zur Illustration meines Einwandes findet sich bei der qualitativen Massnahme für die Erhaltung der Biodiversität so wichtigen Korridoren. Welche Korridore das wären und wie viele, sollten wir auch hier eigentlich wissen. In Riehen fand sich im Zonenplan von 2013 beispielweise fünf bis sechs Korridore, die definiert wurden. Betrachten wir neuere Angaben, so sind bereits zwei verschwunden. Und mit dem doppelspurigen Ausbau der S-Bahn würde ein weiterer wichtiger Korridor für die Biodiversität geopfert. Wie schön wäre es, wenn ich als interessierter Parlamentarier aus der Strategie entnehmen könnte, dass wir wieder sechs Korridore funktionsfähig machen wollen, und zwar auch bis wann, damit ich irgendeinen Anhaltspunkt habe, welche konkreten Ziele erreicht werden sollen und was wirklich erreicht wurde.



Nur qualitative Aussagen, ohne quantitative nachvollziehende Belege sind leider Schall und Rauch und verhindern jegliche Kontrolle und ein motiviertes Vorgehen bei der konkreten Umsetzung der Strategie. Hier muss unbedingt noch nachgebessert werden. In einer kantonalen und kommunalen Strategie schweben wir nicht mehr in den nationalen Höhen übergeordneter und dadurch unscharfer Zielvorgaben, sondern auf der Ebene, wo konkretes Umsetzen geschieht und dabei auch messbar und kontrollierbar sein sollte.

Nun noch zu einer weiteren Hoffnung, die sich auch in dieser Strategie nicht erfüllt hat. Will ich Ihnen abnehmen, dass es Ihnen mit der Umsetzung der Strategie wirklich ernst ist, dann hätte ich Anzeichen erkennen müssen, dass man auch bei den personellen Ressourcen Verstärkungen anstrebt. Leider vermisse ich hierzu wiederum eine konkrete Ansage. Zum Beispiel, ob innerhalb oder ausserhalb des Departements eine verantwortliche Fachperson für Fachstelle zur Umsetzung der Strategie geschaffen werden könnte oder soll.

Nun, ich halte hier mal inne und erwarte gerne noch weitere Aktivitäten von Seiten des verantwortlichen Departements und beantrage daher, den Anzug von Thomas Grossenbacher stehen zu lassen, bis seine Vorgaben erfüllt sind und der Wille zur Umsetzung glaubhaft zum Ausdruck kommen.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die GLP ist Brigitte Kühne.

Brigitte Kühne (GLP): Ich habe es schon mehrmals heute erwähnt, der Tag der Biodiversität. Wir haben eine Biodiversitäts- und eine Klimakrise und wir haben nun eine behördenverbindliche Biodiversitätsstrategie. Vielen Dank für die Ausarbeitung. Vorneweg, das Naturschutzkonzept, das im Moment bearbeitet und bis 2024 fertiggestellt wird, hätte eigentlich die Grundlage, eine Standortbestimmung sein sollen zur Erstellung der Biodiversitätsstrategie. Eine solche Standortbestimmung wäre wichtig gewesen, um eine effektive Biodiversitätsstrategie zu erarbeiten. Bereits in der Vernehmlassung der Strategie haben wir Grünliberalen angemerkt, dass wir die Zielwerte und die Zeithorizonte vermissen. Bis wann sollen die geplanten Massnahmen umgesetzt werden? Welche Ziele sollen konkret erreicht werden? Was passiert, wenn die Zielwerte nicht erreicht werden? Welche Instrumente werden zum Controlling eingesetzt? Zudem sollte die Regierung dem Grossen Rat in einem noch zu definierenden regelmässigen Zeitintervall Rechenschaft ablegen über den Stand der Zielerreichung der Biodiversitätsstrategie.

Ja, wir haben uns überlegt, den Anzug stehen zu lassen. Dafür gäbe es, wie ich gerade und auch Béla Bartha schon perfekt ausgeführt hat, gute Gründe. Aber wir haben die Motion und später den Anzug so viele Male stehen gelassen, dass wir diese Biodiversitätsstrategie für den Moment mal so nehmen, wie sie ist und daher den Anzug abschreiben. Wir Grünliberalen sind jedoch der Überzeugung, dass es jetzt einfach noch einen höheren Druck, sprich ganz konkrete neue Projekte und Vorstösse braucht, die über private Initiativen sowie über uns Parlamentarier und Parlamentarierinnen eingebracht werden. Zum Beispiel eben, wir haben es heute vielmals gehört, die grossflächige Entsiegelung von Parkplätzen, die radikale Aufwertung von Strassenbegleitgrün und Kindergarten, Schule und Universitätsareale.

Gespannt sind wir Grünliberalen übrigens auf die Ausarbeitung des Kantons Basel-Stadt der Planung der ökologischen Infrastruktur in Basel-Stadt, die Ende November beim Bund eingereicht werden wird. Wir Grünliberalen empfehlen Ihnen, den Anzug deshalb abzuschreiben.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Sasha Mazzotti.

Sasha Mazzotti (SP): Danke meinen Vorrednerinnen, beide haben eigentlich sehr ähnliches gesagt und sind zu unterschiedlichen Schlüssen gekommen. Als erstes möchte ich mich aber für die Biodiversitätsstrategie bedanken und die ausführliche Arbeit und den damit verbundenen Aktionsplan würdigen. Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, es werden viele Aspekte aufgenommen und ich habe es ja vorhin auch gehört, heute vor ein paar Minuten oder Stunden haben Sie auch sehr viel Positives dazu gesagt. Nun können wir doch guten Gewissens den Anzug Grossenbacher zur Biodiversitätsstrategie einfach als erledigt abhaken.

Das Strategiepapier hat 38 Seiten, ist sehr detailliert und informativ und ich erkenne darin, dass der Kanton doch einiges ernst nimmt. Trotzdem, wir können den Anzug nicht als erledigt abhaken, denn es fehlt noch folgendes: Handlungsziele und Indikatoren, wie im Anzug gefordert eine Evaluation des Aktionsplans. Das muss durchgeführt werden können. Was meine ich damit. Generell ist entscheidend, dass mit dem Aktionsplan auch Handlungsziele und Indikatoren formuliert werden. Ansonsten bleibt die Strategie des Regierungsrats zwar gut formuliert, aber ein zahnloses Papier, das Gefahr hat, leider wenig Wirkung zu zeigen. Als Beispiel, wenn 70 Prozent der Insekten geschützt werden sollen, muss vorher doch klar sein, wie viele überhaupt auf der Fläche vorhanden sind. Dazu müssen messbare Indikatoren festgelegt werden und nicht erfreuliche, doch etwas schwammige Ziele. Brigitte Kühne hat dazu aber schon einiges gesagt, ich kann abkürzen.



Wir brauchen aber auch messbare Ziele als Politikerinnen und Politiker und auch für die Öffentlichkeit, damit wir dies natürlich auch überprüfen können und nachvollziehen können, ob die Strategie tatsächlich umgesetzt wird. Es muss vorher klar sein, was eigentlich im Moment vorhanden ist. Mit dem Stehenlassen bitte ich die Regierung, diese Strategie mit Handlungszielen und Indikatoren zu ergänzen, damit wir guten Gewissens abschreiben und dies dann als erledigt erklären. Erledigt ist der ganze Kampf, dass die Biodiversität erhalten bleibt, natürlich nicht. Das ist erst ein Anfang.

Ein neuer Anzug, wozu? Wenn die Regierung jetzt dies ergänzt und tatsächlich sich nochmal hinsetzt, dann könnte man das hier ergänzen und stehen lassen. Darum bitte ich auch im Namen der SP, diesen Anzug stehen zu lassen.

Claudio Miozzari (SP): In der zweiten Runde ergreift Regierungsrätin Esther Keller das Wort.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Vielen Dank auch hier für die Voten und den Dank für die Erarbeitung der Biodiversitätsstrategie. Den gebe ich sehr gerne an meine Mitarbeitenden weiter, die da wirklich sehr viel Herzblut investiert haben.

Wir haben auf diesen gut acht Seiten Beantwortung ganz viele Felder, wo wir jetzt auch daran am Arbeiten sind, aufgezählt. Wir sind da dran am Arbeiten. Es ist klar, dass wir auch eine Erfolgskontrolle brauchen, wir müssen wissen, ob diese Massnahmen greifen. Diese Massnahmen sind, wie gesagt, sehr vielfältig. Jetzt auch gerade im Rahmen von Grünstadt Schweiz sind wir sehr ambitioniert unterwegs, wenn wir da nach dem Gold-Label streben, also wir möchten da wirklich vorwärtsmachen. Immer eine Frage ist, wie viel Energie man ins Monitoring Controlling steckt im Vergleich auch zu konkreten Projekten. Ich glaube, das ist ein Abwägen, aber Sie können sicher sein, dass auch wir interessiert daran sind, zu wissen, welche Massnahmen auch tatsächlich greifen.

Der Regierungsrat bittet Sie, den Vorstoss hier abzuschreiben, denn das Grundanliegen, eben die Erarbeitung einer Biodiversitätsstrategie plus Aktionsplan, der ist erfüllt. Es gab eine Konsultation, die ist eingeflossen, das Papier ist verabschiedet. Lassen Sie uns arbeiten und wenn wir dann sehen, dass Nachkorrekturen nötig sind, dann werden wir einerseits natürlich von uns aus aktiv und wenn Sie Anregungen haben, dann können Sie natürlich auch wieder einen neuen Vorstoss einreichen. Aber ich glaube, das Grundanliegen des damaligen Anzugs ist erfüllt und wir bitten Sie hier deshalb, diesen Vorstoss abzuschreiben.

Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat beantragt, den Anzug als erledigt abzuschreiben. Bèla Bartha und Sasha Mazzotti hingegen beantragen, den Anzug stehen zu lassen. Wir kommen zur Abstimmung.

Abstimmung

JA heisst Abschreiben, NEIN heisst stehen lassen

Ergebnis der Abstimmung

49 Ja, 46 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001713, 19.10.23 17:12:41]

Der Grosse Rat beschliesst

den Anzug als erledigt abzuschreiben.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Anzug abgeschrieben mit 49 Ja-Stimmen bei 46 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung.

41. Motion Luca Urgese und Konsorten betreffend Umnutzung des Roche-Parkhauses an der Schwarzwaldallee zu einem Quartierparking

[19.10.23 17:12:53, 23.5114.02]



Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich teilweise zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu überweisen.

Esther Keller verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Damit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für das GAB ist Raphael Fuhrer.

Raphael Fuhrer (GAB): Namens des GAB beantrage ich, dieses Geschäft nicht zu überweisen. Wir waren als Fraktion bereits bei der Erstüberweisung kritisch eingestellt. Einige von uns haben aber trotzdem überwiesen, um eine Antwort des Regierungsrates auf dem Tisch zu haben. Die haben wir. Was sich nach wie vor nicht geändert hat, ist, dass dieses Bauwerk zonenfremd ist. Es steht auf einem geschützten Areal und ist befristet darum auf zehn Jahre, anders wäre diese Bewilligung damals gar nicht möglich gewesen. Zweitens, der Parkraumtransfer aus dem Areal der Roche in dieses Gebäude, auch dieser ist befristet auf zehn Jahre und nur unter dieser Voraussetzung war das damals möglich.

Wenn man nun im Nachhinein kommt und hier verlängern möchte, dann ist das wirklich aus Sicht des Raumplanungsrechts sehr bedenklich, wenn sich das einbürgert, dass man zuerst provisorische Bauten an Orten erstellt, an denen gar keine Bauten zulässig sind, und dann Jahre später kommt und sagt, wir möchte die jetzt quasi normalisieren. Dass man dann so vorgeht, wie der Regierungsrat das skizziert, nämlich einfach den Zonenplan ändert, weil jetzt halt dort ein Gebäude steht, auch das finden wir nicht gerade besonders seriös, um es mal so zu sagen. Das hat sich nicht geändert.

Was sich aber geändert hat, ist nun die Antwort des Regierungsrates, die auf dem Tisch ist, und das Bau- und Verkehrsdepartement hat eine Studie Anfang September veröffentlicht, in der es um diesen Raum geht. Auch die haben wir natürlich gelesen wie die Antwort des Regierungsrates. Was uns da aufgefallen ist:

Erstens, in der Motion, das hat uns sehr gefallen, ist ja gefordert, dass die Parkplätze 1:1 kompensiert werden müssen. In der Antwort des Regierungsrates ist das schon nicht mehr so klar. Es ist zum Beispiel die Rede von weiteren Nutzungen, Parkplätze für das Tinguely-Museum, für andere Nutzungen und da ist bei uns wirklich die Frage aufgekommen, wenn es am Schluss zu mehr Fahrten kommt, zu mehr Parkplätzen, dann ist das sicher nicht im Sinne der Motion damals und es ist sicher nicht im Sinne der Anwohnerinnen und Anwohner dort und es ist nicht im Sinne des Umweltschutzes. Wir fänden es schön, wenn die nachfolgenden Fraktionssprechenden hier auch sich dazu bekennen würden, dass dieser Parkplatzeratz 1:1 stattfinden soll.

Der zweite Punkt, in dieser Studie wird aufgezeigt, dass es zu Konflikten kommen kann. Einerseits mit dieser Kreuzung Schwarzwaldstrasse/Grenzacherstrasse und zweitens mit den Bahnausbauplänen Badischer Bahnhof/Solitude Bahnhof. Wir finden es eminent wichtig, dass dieses sehr dichte Arbeitsplatzgebiet anständig mit dem öffentlichen Verkehr erschlossen ist und es kann nicht sein, dass wegen dieses Parkhauses dann dieser Bahnhof nicht möglich ist oder sich Probleme ergeben. Das wäre für uns dann spätestens der Punkt, wo man sagen muss, diese Abklärungen, die angekündigt sind vom Regierungsrat, sollte man fallenlassen, weil das hat für uns Priorität.

Und der zweite Punkt, die Kreuzung Grenzacherstrasse/Schwarzwaldstrasse. Wir haben vor ein paar Monaten über die Probleme in der Solitude-Promenade gesprochen und gesagt, ganz entscheidend ist, dass diese Kreuzung dann velotauglich wird, damit die Velofahrenden dort durchfahren und nicht am Rein entlang. Und wenn natürlich auch hier dann negative Auswirkungen passieren, dann wäre das aus unserer Sicht auch sehr schade, weil dann das Problem an der Solitude-Promenade unten weiterhin bestehen bleibt. Für uns war das auch interessant, dass die Studie zum Schluss kommt, dass dieses Parkhaus zurückgebaut werden soll.

Wir sind grundsätzlich nicht dafür, dass dieser Vorstoss weiterbehandelt wird, er soll nicht überwiesen werden. Wir fänden es gut, wenn nun die weiteren Fraktionssprechenden dazu Stellung nehmen können, dass diese Parkplätze, wenn es dann doch passiert, 1:1 aufgehoben werden, und dass, wenn es zu Konflikten kommt mit der Haltestelle Solitude oder auch mit der velotauglichen Gestaltung der Kreuzung, dass man dann nochmals wirklich sehr gut abwägen muss und das eigentlich Gründe sind, das Projekt dann auch nicht mehr weiterzuführen.

Wir sehen die Vorteile, wenn man die Parkplätze verlagern kann. Wir sind aber ganz klar der Meinung, Superblocks, Verbesserungen für die Veloverkehrssicherheit in den Quartieren dort herum, die kann man sowieso machen, auch wenn dieses Projekt scheitern sollte aus rechtlichen Gründen, aus welchen Gründen auch immer. Das finden wir natürlich gut, dem sollte man weiter nachgehen.

Claudio Miozzari (SP): Es liegt eine Zwischenfrage vor von Daniel Seiler. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Daniel Seiler (FDP): Sie haben von Konflikten geredet. Ich meine, wir müssten uns das Mal vorstellen, diese Situation, wenn ich da 100 Prozent kompensiere von diesem Parkhaus mit 500 Metern, dann ist das fast bis vorne an den Wettsteinplatz. Jetzt muss man sich das Mal überlegen, wie das dann für diese Leute ist, die da einen Parkplatz vor dem Haus haben, für



ältere Leute, die nicht mehr so gut gehen können, wie erklären Sie denen das, dass sie jetzt einfach den Parkplatz nicht mehr haben und im anderen Quartier haben sie den in Zukunft noch?

Raphael Fuhrer (GAB): Es gibt zwei Lösungen. Entweder man behält nicht alle der Parkplätze, sondern nur einen Teil und nutzt die andere Fläche des Gebäudes für Nicht-Parkplatznutzungen, dann muss man auch wenig kompensieren. Und die zweite Lösung ist, man dehnt den Radius aus. Das wird auch in der Antwort des Regierungsrates aufgezeigt, dass man dann auf die Anzahl kommen kann.

Claudio Miozzari (SP): Nächster Fraktionssprecher für die LDP ist Daniel Hettich.

Daniel Hettich (LDP): Die Idee, das Parkhaus in Zukunft als Quartierparking zu nutzen, unterstützt die LDP. Es wäre doch schade, wenn ein Erhalt nicht eingehend geprüft würde und ein ganzes Gebäude, sagen wir mal, einfach so entsorgt würde. Wie auch immer sich die Mobilität entwickelt, Stellplätze werden in aller Wahrscheinlichkeit auch in Zukunft nötig sein. Es werden einige Gespräche und Ermittlungen nötig sein, bis ein Erhalt gesichert ist, aber aus unserer Sicht lohnt sich dieser Aufwand.

Die Regierung hat ja ein positives Signal gesendet und wünscht sich eine Überweisung als Anzug. Das ist im Sinne der LDP und ich hoffe, in Ihrem auch.

Claudio Miozzari (SP): Nächste Fraktionssprecherin für die SP ist Lisa Mathys.

Lisa Mathys (SP): Wir können einer Überweisung als Anzug zustimmen, aber wir sind etwas ungehalten. Wir haben, als wir das erste Mal debattiert haben, hier ganz klar festgehalten, dass wir wollen, dass die Anwohnenden befragt werden, dass das sofort geschieht und das ist nicht geschehen. Für uns ist klar, dass der Erhalt dieses Parkings nur passieren darf, wenn die Anwohnenden einverstanden sind, weil ihnen hatte man versprochen, dass es ein Provisorium ist, und ihnen sagt man jetzt, ah, doch nicht, wir machen doch ein Definitivum daraus. Das wollen wir nicht und zu dem können wir nicht Ja sagen. Ich bin einfach ein bisschen irritiert darüber, dass man mit der Roche informell schon geredet hat, dass man mit der Deutschen Bahn informell schon geredet hat, aber für ein Gespräch mit den Anwohnenden hat es offenbar nicht gereicht. Und das finde ich enttäuschend, ebenso mit den Naturschutzverbänden, die auch erwähnt sind. Man geht einfach davon aus, dass dort Widerstand kommen wird, aber mit ihnen geredet hat man noch nicht, nur mit der Roche und der Deutschen Bahn. Und das ist nicht das, was wir als SP-Fraktion erwartet hatten.

Was uns auch etwas, sage ich mal, misstrauisch macht, ist, dass es irgendwie nicht mehr so klar ist mit dieser Kompensation. Es dürften nur so viele Parkplätze in diesem Parking betrieben werden, wie aufgehoben werden. Das ist eine klare Forderung, die Luca Urgese so festgehalten hat, und wir sind aus der Beantwortung oder der aktuellen Stellungnahme nicht mehr ganz sicher, ob das wirklich auch von Seite Kanton so klar wäre.

Verwirrend ist für uns zudem, dass das BVD selber den Rückbau empfohlen hat in der Vernehmlassung zum Stadtraum Solitude. Warum will man es dann doch noch als Anzug? Aber eben, es ist auch nur eine Vernehmlassung, deshalb haben wir das nicht als Grund genommen, um uns dagegen zu stellen.

Was auch noch von Seite SP zu klären gilt, ist die Umzonung. Da steht in der Stellungnahme, dass durch die Umzonung eine Zuweisung von geringer Parkplatzauslastung zu hoher Auslastung erfolgen soll. Mir erschliesst sich dieser Zusammenhang nicht, das wäre dann sicher auch noch zu klären, weil das hat wiederum einen Einfluss auf die Anzahl Parkplätze und die Kompensationspflicht, etc. Also viele offene Fragen von Seiten der SP, Sie hören es und auch etwas Ärger. Wir stimmen zu, das als Anzug zur Prüfung zu überweisen, aber wir erwarten da dann schon noch mehr.

Claudio Miozzari (SP): Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Luca Urgese.

Luca Urgese (FDP): Ich darf auch im Namen der SVP zu Ihnen sprechen und Ihnen zuerst mitteilen, dass ich mit Freude zur Kenntnis genommen habe, dass der Regierungsrat den deutlichen Bedarf eines Quartierparkings insbesondere im Wettsteinquartier anerkennt und deshalb dieses Anliegen vertieft prüfen will.

Es hat sich bei dieser Stellungnahme aber auch gezeigt, wie überaus komplex diese Situation ist. Sie ist es bezüglich Eigentumsverhältnisse, zonenrechtliche Fragen, auch staatsvertragliche Fragen oder auch bezüglich Naturschutz und



Ersatzflächen, etc. Da gibt es viele Parteien, die involviert sind, zu involvieren sind, viele Hürden und viele Fragen. Auch wenn ich jetzt vorhin dem Votum von Lisa Mathys zugehört habe, da gibt es noch sehr viele Punkte, die zu klären sind. Und auch die Prüfung der rechtlichen Zulässigkeit, die war sehr differenziert zu den verschiedenen Punkten, die da aufgeführt sind. Die ist sehr differenziert erfolgt und auch bezüglich der verschiedenen Aspekte sehr unterschiedlich dann beurteilt, ist das jetzt noch rechtlich zulässig oder ist es das dann eben nicht. Und da kann ich durchaus nachvollziehen, dass einzelne Kriterien, die jetzt in diesem Motionstext aufgeführt sind, möglicherweise, ich masse mir da keine abschliessenden Beurteilungen an, in Konflikt mit den Kompetenzen des Regierungsrates stehen. Und deshalb kann ich sehr gut mit der Überweisung als Anzug leben.

Ich bitte einfach Regierungsrätin Esther Keller mitzunehmen, dass die in der Motion aufgeführten Kriterien, ich kann sie jetzt auch als Bedingungen bezeichnen, wie das in der Stellungnahme gemacht wurde, diese Kriterien, die sind dann vielleicht jetzt nicht im Sinne der einer Motionsverpflichtung, aber politisch sind sie wichtig für die Akzeptanz. Das haben wir, denke ich, in den Voten des GAB und der SP deutlich gehört, wobei ich bezüglich Votum des GAB schon nach festhalten möchte, wenn man auf Totalopposition geht, ist man dann eher nicht in der Position, um da noch Forderungen und Bedingungen zu stellen.

Aber da sind jetzt noch einige rechtliche und politische Hürden zu meistern in diesem Verfahren, wo ich natürlich hoffe, dass die positiv ausfallen werden. Aber mir scheint es ein Prozess mit offenem Ausgang zu sein, mal sehen, ob da etwas daraus wird. Aber in diesem Sinne danke ich Ihnen, wenn Sie diese Motion als Anzug überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Wir haben keine weiteren Meldungen auf der Redeliste eingetragen. Damit geht das Wort an Regierungsrätin Esther Keller.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Das ist wirklich ein sehr anspruchsvolles Projekt. Sie haben es gehört, wegen den Zonenverhältnissen, Besitzverhältnissen, der Vorgeschichte, es ist wirklich eine sehr komplexe Geschichte, an die wir uns jetzt herantasten. Wir haben in diesen drei Monaten, die uns ja zur Verfügung stehen, oder besser gesagt, eher zwei Monate, weil wir es ja dann wieder einreichen für die Regierungssitzung, es wird verabschiedet, also es ist sehr wenig Zeit, die wir jeweils haben für diese Erstbeantwortung der Motion, gerade angesichts seines solch komplexen Geschäfts.

Seien Sie sicher, dass wir das vertiefen möchten, natürlich auch mit den Anwohnenden, mit all den Involvierten hier und auch diese Fragen beantworten möchten. Und wir nehmen auch diese Elemente, diese, ich sage jetzt mal, Vorgaben oder Leitplanken, die sie uns mitgeben in der Motion, nehmen wir sehr ernst und Sie werden auch als Parlament weiterhin die Möglichkeit haben, auf den weiteren Verlauf dieses Geschäfts Einfluss zu nehmen.

Wir danken Ihnen sehr, wenn Sie das als Anzug überweisen, dann werden wir das weiter vertieft prüfen. Das wird aufwendig, aber wir nehmen uns dem an und werden wieder berichten.

Claudio Miozzari (SP): Der Regierungsrat beantragt, ihm diese Motion als Anzug zu überweisen. Es wurde kein Antrag auf Überweisung als Motion gestellt, aber es liegt ein Antrag vor auf Nichtüberweisung von Raphael Fuhrer, über den wir nun abstimmen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung

76 Ja, 16 Nein, 2 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001715, 19.10.23 17:28:40]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und diesen dem Regierungsrat zu überweisen.

Claudio Miozzari (SP): Sie haben den Anzug überwiesen mit 76 Ja-Stimmen bei 16 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen.



42. Motion Daniel Seiler und Konsorten betreffend Massnahmen zur Beschleunigung von kantonalen Bauprojekten

[19.10.23 17:28:59, 23.5211.02]

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese als Anzug zu beweisen. Die Motionäre verlangen die Umsetzung der Motion innerhalb eines Jahres.

Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Somit kommen wir zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die LDP ist André Auderset.

André Auderset (LDP): Ich mache es ganz kurz, die LDP spricht sich dafür aus, diesen Vorstoss als Motion weiter zu behandeln.

Die Antwort des Regierungsrates ist zumindest teilweise doch eher dürrtig ausgefallen und die Problematik ist zweifellos da. Sie ist ja auch vom Regierungsrat erkannt und man muss nur etwas durch die Stadt laufen und sehen, wo wieder eine Dauerbaustelle besteht, wo wieder eine halbe Strasse abgesperrt ist und da stehen nur ein paar Bretter und eine Bauschaukel rum und es passiert nichts. Ich glaube, hier ist wirklich noch viel Luft nach oben, hier ist noch viel zu tun und ich finde, wir sollten den Druck hier durchaus hochhalten und darum genügt ein Anzug nicht. Wir sprechen uns deshalb für eine Motion aus.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SVP ist Lorenz Amiet.

Lorenz Amiet (SVP): Ein klein bisschen länger von mir. Von meinem Büro aus habe ich beste Aussicht, man kann schon fast von einem Logenplatz sprechen, auf den Kreisel Reinacherstrasse/Leimgrubenweg, unter Kulinarikern als Viertelkreis-Kreisel bekannt. Brigitte Kühne kann ich empfehlen, diesen Kreisel mal anzuschauen, der blüht im Moment wunderschön. Es ist wirklich eine schöne Aussicht jetzt nach über drei Jahren Bauzeit.

Dieser Kreisel wurde, es führt da noch eine Tramlinie durch, es hat noch zwei, drei Leitungen, das gebe ich zu, während über drei Jahren zuerst rückgebaut, dann hat man mal etwas gebaut, dann etwas geteert, dann wieder aufgerissen, dann wieder etwas Neues gebaut, mal einen Kandelaber aufgestellt, den wieder zurückgebaut, dann wieder einen anderen Kandelaber aufgestellt, dann wieder aufgerissen, und so weiter und so fort. Und vor allem, man hat immer wieder während Wochen nichts gemacht. Da hätte man also problemlos einen Drittel Bauzeit sparen können. Ja, man hätte problemlos zwei Drittel der Bauzeit sparen können. In den USA hätte man diesen Kreisel in ein bis zwei Monaten gebaut.

Das verlangt ja diese Motion nicht, dass wir da 90 Prozent schneller werden, ein Drittel ist die Forderung. Ja, das mag ein Extrembeispiel sein, aber es ist beileibe nicht das einzige Beispiel. Gerade im Moment ist vor meiner Haustüre ein Graben, auch da wurde vor ein paar Wochen während zwei Wochen nichts, aber auch wirklich gar nichts gemacht.

In den kommenden Jahren werden wir vor allem im Tiefbau mit deutlich mehr Baustellen beglückt werden, als wir in den letzten Jahren hatten. Das Stichwort ist Fernwärmeausbau. Wenn diese Baustellen auf parallelen Achsen gleichzeitig während mehrere Jahre Bestand haben, dann stoppt das den Verkehr und ja, auch den Fahrradverkehr und ja, auch den öffentlichen Verkehr und der Verkehrskollaps liegt nahe. Die SVP-Fraktion hält die Forderung für machbar und vor allem im Tiefbau für unabdingbar.

Ein paar Worte noch zur Frage Motion oder Anzug. Die Motion gibt keinen Startwert vor. Es gibt also keine Benchmark. Somit lesen wir das geforderte Drittel als Richtwert, auch bei einer vollständigen Umsetzung der Motion, als Durchschnittswert, wenn Sie so wollen. Es wird nie jemand kommen können und sagen, ja, das ist jetzt nur 30 Prozent und nicht 33,3 Prozent, weil wir den Startwert nicht haben. Deshalb können wir ohne Probleme bei Motion bleiben, denn wenn wir auf Anzug umschwenken, dann haben wir weder einen Zielwert noch eine Verbindlichkeit.

Im Namen der SVP-Fraktion bitte ich Sie also, diesen Vorstoss weiterhin als Motion zu bearbeiten und ich danke Ihnen dafür.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die FDP ist Daniel Seiler.

Daniel Seiler (FDP): Zuerst der Dank an die Regierung für die Beantwortung dieser Motion. Ich stelle fest, im Teil des Tiefbaus wurden auch konkrete Ideen genannt. Man hat auch mit den Baumeistern gesprochen. Die Antworten gehen in die



Richtung, wenn wir schneller sein wollen, dann wird es teurer und wir müssen mehr Leute haben. Wir müssen Nacharbeit leisten oder wir müssen Strassen sperren. Ich kann das teilweise nachvollziehen.

Ich möchte nicht so viel ausholen wie der Kollege vorhin, aber vor meinem Haus wurde die Fernwärmeleitung verlegt. Die haben im April letztes Jahr gestartet, anfangs Oktober, also eineinhalb Jahre später, wurde der finale Belag in dieser Strasse verlegt. Ich glaube, auf die Details muss ich da nicht mehr gross eingehen. Ich habe immer beobachtet, dass sehr wenig Leute mit sehr wenigen Fahrzeugen relativ grosse Baulose zu bewältigen haben. Ein Drittel liegt da sicher drin. Im Bereich des Hochbaus haben wir leider nicht grosse Beantwortung bekommen im Schreiben. Es wurde viel erklärt, warum es so lange geht, aber nicht, was für Ideen es geben könnte, damit es schneller geht. Wir haben ein aktuelles Beispiel des Kunstmuseums. Das Kunstmuseum soll vier Jahre geschlossen werden. Ich verstehe, dass es notwendig ist, dieses Kunstmuseum zu schliessen während dem Bau, aber vier ganze Jahre das Kunstmuseum zu schliessen für diese Sanierungsarbeiten, wenn, ich zitiere: erhebliche Massnahmen zur Erdbenenertüchtigung bereits umgesetzt worden sind.

Unter diesen Aspekten habe ich das Gefühl, dass diese Projekte eher noch länger gehen in Zukunft und da finde ich, ist es sehr wichtig, dass wir hier, wie der Kollege vorhin gesagt hat, verbindlich sind und das nicht als Anzug, sondern als Motion überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächster Fraktionssprecher für die SP ist Tim Cuénod.

Tim Cuénod (SP): Daniel Seiler, ich habe schon bei der Unterschrift Ihres Vorstosses gesagt, das ist aber eher ein Anzugs- als ein Motionstext in mancher Beziehung. Das einzige verbindliche, was verlangt wird, ist ja vor allem ein Massnahmenkatalog, den man quasi innerhalb eines Jahres möchte. Ich habe es selbst unterschrieben wegen der Tiefbauproblematik. Dass Museen längere Zeit geschlossen werden, ist übrigens im internationalen Vergleich durchaus üblich. Ich gebe Ihnen ein Beispiel aus Amsterdam. Das dortige Rijksmuseum wurde irgendwie zehn Jahre lang geschlossen wegen Umbauten. Solche Dinge kommen vor und sind in Basel nicht einmalig.

Was in Basel ein bisschen einmalig ist, sind die Situationen, wie jetzt bei uns im Quartier an der Gundeldingerstrasse, wo es fünf Jahre quasi geht, bis man eine Strasse komplett saniert hat und wo man wirklich das Gefühl hat, da wäre eine Beschleunigung angebracht. Gerade mit Blick darauf, dass wir, und da liegt Lorenz Amiet richtig, mit dem Fernwärmeausbau mehr Baustellen haben werden, dass es sogar auch nötig wäre, das Tempo beim Fernwärmeausbau zu erhöhen. Wir sind entschieden der Meinung, dass es nötig ist, da etwas die Kapazitäten zu erhöhen, das Tempo zu erhöhen in manchen Beziehungen. Da braucht es auch einen Dialog mit dem Baugewerbe. Das ist zum Teil auch etwas speziell, man hat das Gefühl, es besteht nicht grösseres Interesse daran, dass öffentliche Investitionen schneller vonstatten gehen können und auch öffentliche Investitionen wirklich ausgelöst werden können. Und da sind die Einwände, die Beschleunigungen, die vorgeschlagen sind, dass man das jetzt zum Beispiel in der Gundeldingerstrasse schneller hinbekommt wie in fünf Jahren, das denke ich, wäre möglich gewesen, ohne noch weitergehende Verkehrssperrungen zum Beispiel, weil die war schon komplett verkehrsgesperrt und man hat dann auch Monate lang kaum jemanden gesehen.

Die Frage, wie man das schneller hinbekommt, die muss angegangen werden, aber der vorliegende Text, zumindest jetzt in der Zweitüberweisung, ist nun wirklich kein Motionstext, sondern ist eindeutig etwas, das der Regierungsrat vertieft prüfen und berichten soll. Wir wollen eine Beschleunigung, aber da gilt für uns doch Qualität vor Tempo. Insofern wollen wir, dass der Regierungsrat das wirklich sehr eingehend prüft und nicht irgendeinen Massnahmenkatalog im Schnelltempo vorlegt, der dann nichts bringt.

Entsprechend sind wir hier für Überweisung als Anzug.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es gibt eine Zwischenfrage von Alex Ebi. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.

Alex Ebi (LDP): Tim Cuénod, Sie sagen, Ihr Gefühl ist, es geht lange, Ihr Gefühl ist, es läuft alles herum, einer hat einen Helm an, der Bagger steht herum. Sie haben das Gefühl, die mit dem Pinsel kommen, dann geht wieder nichts. Wenn Sie das Gefühl haben, es geht alles so lange und es könnte doch alles viel schneller gehen, wieso haben Sie dann nicht das Gefühl, eine Motion sei das richtige, auch wenn jetzt die Worte vielleicht nicht ganz stimmen?

Tim Cuénod (SP): Weil die Motion nur dazu führt, dass schnell, schnell irgendein Massnahmenkatalog erarbeitet werden muss in grossem Tempo. Ich finde, man muss das eingehend prüfen, wie man das schneller hinbekommt, gerade auch, weil ich das für eine wichtige Frage halte. Und für das ist der Anzug einfach das besser geeignete Instrument.



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Ich habe keine weiteren Wortmeldungen eingetragen. Somit hätte Regierungsrätin Esther Keller das Wort in der zweiten Runde. Sie wünscht es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Wo soll ich anfangen? Ich teile das Unbehagen ganz klar über die längeren Projektierungs- und Bauzeiten, es ist ja beides. Und wenn ich so offen sein darf, das ist auch ein bisschen die Schwäche der Motion. Es steht ja auch, wir sollen die Dauer von der Projektierung bis zur Fertigstellung von öffentlichen Projekten im Hoch- und Tiefbau um mindestens ein Drittel kürzen. Jetzt haben Sie aber nur über die Bauzeiten im Tiefbau gesprochen mit diesen Baustellen-Beispielen, wir sind uns dem sehr bewusst.

Wir sind auch dran, gerade auch im Nachgang noch zu den Lehren, die wir rund um den Neubau Biozentrum gezogen haben, wo Sie uns ja gebeten, aufgefordert haben und was wir auch selber wollen, diese Prozesse anzuschauen, wie können wir künftig sicherstellen, dass die Fristen, die wir Ihnen angeben, und auch die Kosten, dass diese eingehalten werden. Im Tiefbau müssen wir auch noch besser werden, noch enger koordinieren, denn Sie wissen, über die nächsten 15 Jahre kommen mit dem Fernwärmeausbau wirklich grosse Herausforderungen auf uns zu und da müssen wir noch besser koordinieren. Es ist aber nicht so, dass wenn Sie niemanden sehen auf der Baustelle, dass nichts im Untergrund geschieht. Es kann durchaus sein, dass man zuerst einen Graben macht, dann müssen die Leitungen in den Häusern gemacht werden und dann wird draussen wieder gearbeitet. Also ganz so einfach ist es nicht. Sie dürfen auch gerne mal auf eine Baustellentour kommen, wo wir das anschauen. Ich bin da sehr offen, aber es ist klar, wie gesagt, wir müssen diese Bauzeiten auch im Auge behalten.

Wir müssen gleichzeitig immer sicherstellen, dass die Leute durchkommen, dass die Sicherheit erfüllt ist, usw. Es gibt im öffentlichen Raum natürlich viele Ansprüche, auch im Beispiel der Freien Strasse, die häufig genannt wird, wo wir auch die Baustelle immer wieder zugemacht haben, damit beispielsweise Veranstaltungen stattfinden konnten. Das natürlich trägt jetzt auch nicht gerade zu einer kurzen Bauzeit bei, aber es ist etwas, was wichtig ist.

Dieser Anzug wird dazu führen, dass wir Ihnen regelmässig, ich glaube nicht, dass Sie den in zwei Jahren dann abschreiben werden, das ist auch nicht richtig, weil die Verbesserung, diese Prozesse anzuschauen und besser zu werden, ist eine fortlaufende Aufgabe und wir werden sehr gerne in beiden Bereichen weiterhin auch berichten, was wir vorhaben. Ich glaube, wie gesagt, gerade im Zusammenhang mit dem Fernwärmeausbau wird das wirklich matchentscheidend sein. Deshalb wäre ich sehr dankbar, wenn Sie das als Anzug überweisen würden.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, die Motion als Anzug zu überweisen. André Auderset beantragt, sie als Motion zu überweisen.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Anzug, NEIN heisst Überweisung als Motion.

Ergebnis der Abstimmung

56 Ja, 39 Nein, 0 Enthaltungen. [Abstimmung # 0001718, 19.10.23 17:43:14]

Der Grosse Rat beschliesst

Die Motion in einen Anzug umzuwandeln und dem Regierungsrat zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben sich für den Anzug entschieden mit 56 Ja-Stimmen bei 39 Nein-Stimmen und keiner Enthaltung. Ein Antrag auf Nichtüberweisung wurde nicht gestellt.

43. Motion Tonja Zürcher und Konsorten betreffend keine Preiserhöhungen beim TNW

[19.10.23 17:43:31, 23.5231.02]



Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Der Regierungsrat stellt fest, dass die Motion rechtlich zulässig ist und beantragt, ihm diese nicht zu überweisen.

Die Regierungsrätin verzichtet in der ersten Runde auf ein Votum. Wir kommen zu den Fraktionssprechenden. Erster Fraktionssprecher für die SP ist Jean-Luc Perret.

Jean-Luc Perret (SP): Die Fraktion der SP ist gegen jede Preiserhöhung im öffentlichen Verkehr und deshalb möchten wir an der Motion festhalten. Wir sind der Ansicht, die angekündigte Erhöhung sei substanziell und nicht moderat und sie schwäche den öffentlichen Verkehr als Teil des Service Public, anstatt dass sie ihn stärkt, was wir ja eigentlich wollen.

In den letzten Jahren sind die Preise für den öffentlichen Verkehr im Vergleich mit den Kosten für das Autofahren überdurchschnittlich gestiegen respektive wenn man den Tamedia-Zeitungen glauben darf, ist Autofahren in den letzten 15 Jahren sogar billiger geworden. Gesamtschweizerisch betrachtet, steigen die Preise im öffentlichen Verkehr auch schneller als die Teuerung. Dies wird zunehmend ein Problem, und zwar besonders für Menschen, die nicht sowieso Anrecht auf eine Vergünstigung haben, der sogenannte untere Mittelstand mit stagnierendem, eher bescheidenem Einkommen, aber immer noch knapp über der Schwelle, ab der es Vergünstigungen oder Unterstützungsbeiträge gäbe. Bei den Steuern, bei der Krankenkasse, bei der Kinderbetreuung zum Glück bald etwas weniger, und nun eben auch beim U-Abo.

Der zweite Aspekt ist, dass ein gutes Alternativangebot zum motorisierten Individualverkehr unverzichtbar ist, um die Klimaziele zu erreichen. Der öffentliche Verkehr darf nicht noch mehr Fahrgäste verlieren. Das Angebot muss attraktiv bleiben und ein Teil eines persönlichen Mobilitätskonzepts ohne eigenes Auto sein. Wir können nicht einen attraktiven öffentlichen Verkehr fordern und gleichzeitig tatenlos zuschauen, wie die Preise steigen. Als Reaktion auf das Schreiben der Regierung möchte ich noch sagen, dass wir keinesfalls möchten, dass der Kanton Basel-Stadt mit dem Tarifverbund bricht oder sich dieser am Ende sogar auflöst.

Wir möchten diese Motion überweisen, um unsere Erwartung zu signalisieren, dass sich der Regierungsrat mit all seinen Mitteln dafür einsetzt, dass das U-Abo in Basel nicht teurer wird, und nach einer kantonalen Lösung sucht, um die Preiserhöhung zu verhindern.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für die LDP ist Annina von Falkenstein.

Annina von Falkenstein (LDP): Ich darf nicht nur für die LDP, sondern auch für die FDP sprechen und wir empfehlen Ihnen, diese Stellungnahme und die Motion nicht weiter zu überweisen und dies aus folgenden Gründen:

In der Stellungnahme wird dargelegt, dass auch bei den Tarifstrukturen und Angeboten weiterhin Offenheit gegenüber neuen Modellen und neuen Ansätzen herrscht, was sehr erfreulich zu verzeichnen ist. So bleibt das Angebot dynamisch und auf die Nutzendenbedürfnisse ausgerichtet, was den ÖV-Nutzerinnen und -Nutzern zugutekommt. Auch das begrüßen wir. Allerdings ist es so, dass diese Veränderungen der Angebotsgestaltung und die veränderten Umstände halt auch Kostenauswirkungen mit sich bringen, die zu einem Teil auch durch die ÖV-Nutzenden getragen werden sollen. Denn genau ihnen kommt ja diese Anpassung zugute, warum würden sie dann nicht vom verbesserten System auch einen Teil der Kosten tragen. Das ist sowohl der FDP-Fraktion als auch der LDP-Fraktion sehr wichtig.

Dazu möchten wir aber auch noch sagen, dass beim U-Abo nur eine geringe Preiserhöhung zu verzeichnen ist, was ebenfalls zu befürworten ist, da dies die Vielnutzerinnen und -nutzer sind, die so auch einen grossen Beitrag zur Nachhaltigkeit leisten und dass ja auch den Kindern und den Jugendlichen sehr bald ein vergünstigtes U-Abo zur Verfügung stehen wird, was dort das Verhalten für die Zukunft positiv beeinflusst.

Genau aus diesen genannten Gründen lehnen wir die Überweisung dieser Motion ab und bitten Sie, uns dies gleich zu tun, damit die Anpassungen des Systems, die Verbesserungen eben auch an Wertigkeit behalten und so von den Nutzerinnen und Nutzern hoffentlich auch geschätzt und durch diese Wertschätzung durch einen Teil Mitbezahlung ausgedrückt werden kann.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Nächste Fraktionssprecherin für das GAB ist Tonja Zürcher.

Tonja Zürcher (GAB): Jean-Luc Perret hat schon vieles vorweggenommen, Zufahren wird teurer, Autofahren wird billiger. Das ist die langjährige Statistik schweizweit und auch beim TNW sieht es nicht anders aus. Ich habe jetzt mal die Zahlen verglichen, die ich gefunden habe, und da zeigt sich, dass das U-Abo in den letzten 12 Jahren um 14 Prozent teurer geworden ist, das Senior*innen-Abo sogar um 20 Prozent. Gleichzeitig sind die Kosten für Autofahrerinnen und Autofahrer



gleichgeblieben, also nicht einmal mit der Teuerung gestiegen wie der Rest, sondern gleichgeblieben. Nun wird das Jahres-U-Abo nochmals um 3 Prozent aufgeschlagen, beim Monatsabo sogar um 7,5 Prozent. Besonders betroffen sind davon genau jene Menschen, die sich es eben nicht leisten können, das Jahres-Abo auf einmal zu bezahlen, sondern sich das monatlich abstottern, oder diejenigen, die, um Kosten zu sparen, beispielsweise nur im Winter ein U-Abo lösen. Die Preiserhöhung von knapp 6,5 Prozent bei den Einzeltarifen, also das ist nicht wirklich wenig oder moderat, 6,5 Prozent bei Einzeltarifen, das schreckt genau diese Menschen ab, die wir erreichen möchten für den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Verkehr, die einmal, zweimal, dreimal vielleicht den ÖV nutzen und dann merken, dass es viel bequemer ist. Genau diejenigen denken sich dann, ja, warum soll ich das bezahlen, das ist mir viel zu teuer.

Und jetzt vor ganz wenigen Tagen ist noch ein neuer Aspekt dazugekommen. Sie haben es vielleicht auch gelesen, diese Preiserhöhung, das wollte die SBB und die ÖV-Branche gar nicht. Diese Preiserhöhung ist auf Druck des BAV entstanden. Es mag vielleicht sein, dass das in die Politik des Bundesamts für Verkehr unter der neuen Leitung von SVP-Bundesrat Albert Rösti passt, aber es entspricht nun wirklich nicht den Zielsetzungen, die wir haben hier im Kanton. Wir haben auch eine Klimazielsetzung, wir haben ein Netto-Null 2037, das wir erreichen möchten. Wir haben eine Umweltschutzgesetzgebung mit einer Förderung des umweltfreundlichen Verkehrs. Beides wurde von der Bevölkerung so beschlossen, beides mit deutlichen Mehrheiten. Und wir haben darauf basierend eine Mobilitätsstrategie, die auch den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr fördern will. Ich denke, es ist relativ offensichtlich, dieser Widerspruch, der hier ist, Autofahren wird billiger, jedenfalls wenn man es teuerungsbereinigt anschaut, ÖV wird immer teurer. Das schadet ganz direkt diesem Umstieg, den wir gefordert haben. Und es kommt in eine Tendenz rein, die sowieso schon problematisch ist, nämlich ein Rückgang der Fahrgastzahlen beim öffentlichen Verkehr.

Es widerspricht aber auch ganz klar dem Ziel der Kostenwahrheit und hier möchte ich alle ansprechen, die liberal im Namen haben. Der Autoverkehr verursacht externe Kosten von 6,7 Milliarden Franken, und zwar jedes Jahr. 6,7 Milliarden Franken, die der Autoverkehr verursacht und nicht von ihm bezahlt wird. Neben Umweltschäden, Klimaschäden sind das ganz besonders Gesundheitskosten, insbesondere durch Luftverschmutzung, Lärm und Unfälle. Es sind also Kosten, die wir alle bezahlen über unsere Krankenkassenprämien und über unsere Gesundheit, die schlechter ist. Diese Kosten können wir direkt senken, wenn wir den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr und die weiteren klimafreundlichen Verkehrsmittel fördern.

Ich habe ganz persönlich, und ich denke, das geht allen hier drin, die den Klimaschutz vertreten, ein Problem damit, wenn wir von der Bevölkerung wünschen, dass sie auf den öffentlichen Verkehr umsteigt und gleichzeitig nichts dagegen unternehmen, dass dieser immer teurer wird. Und ich denke, auch für all jene Menschen, die sich immer auf die Fahnen schreiben, für die kleinen Leute da zu sein, sollte das ein Problem sein.

Ich bitte Sie deshalb, diese Motion als Motion zu überweisen. Lassen wir uns den Umstieg auf die klimafreundliche Mobilität auf den öffentlichen Verkehr nicht vom Bundesrat Albert Rösti zunichte machen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: In der zweiten Runde wünscht Regierungsrätin Esther Keller das Wort und hat es.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Ich möchte gerne drei doch wichtige Gründe nennen, weshalb der Regierungsrat Sie wirklich bittet, diese Motion nicht zu überweisen. Das erste ist die Problematik der Sonderlösung für Basel. Wir sind in diesem Tarifverbund, wir sind da drin mit anderen Kantonen. Diese haben der Tarifierhöhung schon zugesagt. Wenn wir jetzt da einen Rückzieher machen, dann gibt es den Worst Case für den öffentlichen Verkehr in der Region, nämlich eine Sonderlösung. Irgendwie ein Ticket, das man anders lösen muss, als wenn man nicht im Kanton Basel-Stadt unterwegs ist. Das wäre wirklich ein Problem. Das ist einer der wichtigsten Gründe.

Der zweite Grund ist, die letzte Tarifierhöhung ist doch eine Weile her, 2016. Wir wissen, dass die Energiepreise seither deutlich gestiegen sind und ich denke doch, dass die Akzeptanz für eine, ich schätze es doch als moderate Erhöhung ein, dass die gegeben ist. Zumal wir auch sehen, dass Kosten und Ertrag beim ÖV tatsächlich eine Herausforderung ist. Die Kosten steigen und die Erträge halten da nicht ganz mit. Ich glaube, es macht auch Sinn im Sinne der Kostenwahrheit, dass man da eine gewisse Anpassung macht.

Und last but not least haben Sie vor Kürze, und das ist doch sehr erfreulich, erst gerade eine Erleichterung auch für Familien beschlossen mit ihrem Gegenvorschlag zur Initiative für «Gratis ÖV für Kinder und Jugendliche». Es gibt ein vergünstigtes Angebot ab 2024 für Jugendliche und Kinder für 365 Franken im Jahr. Das lassen wir uns doch pro Jahr 2,4 Millionen Franken kosten. Also ich denke, auch das ist ein Argument, dass wir hier gerade auf beispielsweise Familien auch Rücksicht nehmen und das hier auch Erleichterungen gegeben werden.

Deshalb bittet Sie der Regierungsrat, die Motion nicht zu überweisen.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Es liegt eine Zwischenfrage vor von Tim Cuénod. Nehmen Sie sie an? Sie wird angenommen.



Tim Cuénod (SP): Regierungsrätin Esther Keller, Sie sagen, eine Tarifierhöhung wäre verkraftbar. Ich frage Sie, was macht Sie so optimistisch, dass dies effektiv zu Mehreinnahmen führen würde? Die letzte Tarifierhöhung hat zu einem massiven Rückgang, auch nicht unerheblichen Rückgang der Nachfrage geführt. Was macht Sie so optimistisch, dass dieses Mal die Auswirkung nicht gleich wäre oder noch stärker? Gerade auch, wenn man die Preisentwicklung bei anderen Verkehrsträgern anschaut.

RR Esther Keller, Vorsteherin BVD: Die Ausführungen zur moderaten Erhöhung waren eher darauf bezogen, dass es seit 2016 keine mehr gab, dass nicht die ganze Teuerung, die es seither gab, nachvollzogen wurde und ich glaube, dass das Verständnis für die erhöhten Energiepreise doch relativ gross ist.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Wir kommen zur Abstimmung. Der Regierungsrat beantragt, die Motion nicht zu überweisen. Jean-Luc Perret beantragt, als Motion zu überweisen. Ein Antrag auf Überweisung als Anzug wurde nicht gestellt.

Abstimmung

JA heisst Überweisung als Motion, NEIN heisst Nichtüberweisung

Ergebnis der Abstimmung (Stichentscheid des Präsidenten)

47 Ja, 48 Nein, 1 Enthaltungen. *[Abstimmung # 0001720, 19.10.23 17:56:25]*

Der Grosse Rat beschliesst

Nichtüberweisung. Die Motion ist erledigt.

Bülent Pekerman, Grossratspräsident: Sie haben mit meinem Stichentscheid die Motion nicht überwiesen mit 48 Nein-Stimmen bei 47 Ja-Stimmen und einer Enthaltung.

Ich schliesse hiermit die Sitzung und wir treffen uns um 20 Uhr für eine Nachtsitzung.

Schluss der 33. Sitzung

17:57 Uhr